

- 14) "Erstes Arbeitsgesetz tritt zum 1. Januar 1995 in Kraft", in: *China aktuell*, Dezember 1994, S. 1200-1201.
- 15) "Verschärfung der Beschäftigungsprobleme für 1995 erwartet", in: *China aktuell*, Dezember 1994, S. 1201-1202.
- 16) "Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeitslosigkeit", in: *China aktuell*, April 1996, S. 368-369; Rawski, a.a.O., S. 40.
- 17) "Wanderarbeiter sind fleißiger und genügsamer", in: *China aktuell*, September 1995, S. 796; Rawski, a.a.O., S. 40. Hinsichtlich der geschätzten Quote überschüssiger Arbeitskräfte von 30% siehe Stevenson-Yang, Anne (1996), "Re-vamping the Welfare-State", in: *The China Business Review*, January-February, S. 8-17, hier S. 9.
- 18) Siehe hierzu Qian, Yingyi (1995), "Reforming Corporate Governance and Finance in China", in: Aoki, Mashahiko und Kim, Hyung-Ki (Eds.), *Corporate Governance in Transitional Economies*, Economic Development Institute of the World Bank, Washington, D.C.
- 19) Die Einkommensunterschiede (Maßstab Variationskoeffizient) vergrößerten sich allerdings nur von 22% im Jahre 1986 auf 29% im Jahre 1991. Siehe hierzu die Studie von Hussain, Athar und Zhuang, Juzhoung (1994), *Impact of Reforms on Wage and Employment Determination in Chinese State Enterprises, 1986-1991*, The Development Economics Research Programme, London School of Economics, die auf einem Sample von 514 Staatsunternehmen basiert, die zwischen 1986-1991 untersucht wurden. Zum Anstieg der Subventionszahlungen siehe *China Statistical Yearbook 1995*, S. 112 mit entsprechenden Angaben für 1994.
- 20) "Contrasting Consumers", in: *China News Analysis*, 1996, No. 1557, April 1, 1-10, hier S. 3.
- 21) Krieg, Renate und Schädler, Monika (1994), "Soziale Sicherung in der Volksrepublik China: Dringlichkeit und Probleme der Reform", in: *Nord-Süd aktuell*, S. 271-282, hier S. 277.
- 22) Stevenson-Yang, a.a.O., S. 9.
- 23) Ebenda, S. 17.
- 24) "Verschlechterung des Lebensstandards alter Menschen", in: *China aktuell*, März 1996, S. 248.
- 25) Hussain/Zhuang, a.a.O., S. 3; Fischer, Doris et al., "Reformen und Entwicklungen der sozialen Sicherung in China", Beitrag zum Internationalen Symposium "Ordnungsreform und Entwicklung der chinesischen Wirtschaft in den 90er Jahren", Justus-Liebig-Universität Gießen, 18./19. Juni 1996.
- 26) "Maßnahmen zur Beschränkung...", a.a.O. (Anm. 16).
- 27) Gelb, Cathrine (1996), "Anyone's Guess. Looking at China's economy in the 21st century means making some weighty assumptions", in: *China Business Review*, May-June, S. 12-17, hier S. 15.
- 28) Perkins, a.a.O., S. 14-19.
- 29) Weltbank (1996), a.a.O., S. 14.
- 30) Gelb, a.a.O., S. 16.

Dirk Lavio\*

## Geopolitischer Akteur oder Randfigur?

### China und die neue Interessen- konstellation in Zentralasien: Eine Bestandsaufnahme

---

#### Gliederung:

#### Vorbemerkung

- 1 Aktuelle Situation und Schwierigkeiten in den jungen Republiken Zentralasiens
  - 1.1 Wirtschaftliche Lage und Probleme
  - 1.2 Innenpolitischer Zustand und mögliche Konfliktpotentiale
  - 1.3 Militärpolitik und latente zwischenstaatliche Konflikte
- 2 China und Zentralasien: Relevanz, Beziehungen und Interessen
  - 2.1 Die Bedeutung Xinjiangs für die Volksrepublik China
  - 2.2 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu den zentralasiatischen Republiken
  - 2.3 Die chinesischen Interessen in Zentralasien
- 3 Das Ringen der Anrainerstaaten um Einfluß in Zentralasien
  - 3.1 Die Türkei: Beste Ausgangslage durch gemeinsame Sprache?
  - 3.2 Der Iran: Gefahr durch den islamischen Fundamentalismus?
  - 3.3 Rußland: Dominante Macht in Zentralasien?
  - 3.4 Der Poker um das zentralasiatische Öl und die Rolle der USA
- 4 Fazit

#### Vorbemerkung

Mit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 hat Zentralasien auf einen Schlag neue geopolitische Bedeutung gewonnen. In einem strategisch heiklen Gebiet, zwischen den Giganten Rußland und China, an der Nahtstelle des islamischen, europäischen und fernöstlichen Kulturraums sowie in der Nachbarschaft Irans und des Bürgerkriegslandes Afghanistan, betraten fünf neue Staaten die Bühne der internationalen Politik - Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan.<sup>1</sup>

Bereits kurz nach der Auflösung der UdSSR erkannte die Volksrepublik China die neu entstandenen zentralasiatischen Republiken an und nahm diplomatische Beziehungen

zu ihnen auf. In den folgenden drei Jahren folgte ein reger Besucheraustausch auf höchster Regierungsebene, der mit dem Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng in Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Kasachstan im April 1994 gipfelte. Tadschikistan stand aufgrund des anhaltenden Bürgerkrieges und der damit verbundenen innenpolitischen Probleme nicht auf der Reiseroute Li Pengs. Zuvor hatten bereits alle Staatspräsidenten der zentralasiatischen Republiken Beijing besucht.<sup>2</sup>

Die Beziehungen Chinas zu den neuen Republiken basierten von Beginn an auf den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Anerkennung der "Ein-China-Politik" Beijings durch die zentralasiatischen Republiken. Bei seiner Reise nach Zentralasien im April 1994 verdeutlichte Li Peng zu Beginn seines Aufenthaltes in Taschkent die chinesische Politik gegenüber den neuen Republiken: "1. Aufrechterhaltung nachbarschaftlicher Freundschaft und friedlichen Zusammenlebens, 2. Kooperation zum gegenseitigen Nutzen und Förderung des gemeinsamen Gedeihens, 3. Respektierung der Wahl des Volkes jedes Landes, keine Einmischung in die Innenpolitik anderer Länder, 4. Respektierung von Unabhängigkeit und Souveränität, Förderung regionaler Stabilität."<sup>3</sup>

Die Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen GUS-Staaten stellte für die chinesische Regierung eine potentielle Gefahrenquelle für die Autonome Region Xinjiang dar, da die nationalen Minderheiten in Xinjiang zahlreiche ethnische und religiöse Verbindungen zu den Titularnationen der neuen Staaten haben. Beijing befürchtete, daß die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten eine Vorbildfunktion für die Minderheiten in Xinjiang haben könnte und daß dadurch verstärkt Separationsbestrebungen auftreten würden. Um dies zu verhindern, bediente sich Beijing einer Doppelstrategie:

Einerseits wurden der Wirtschaftsaufbau und die Versorgungslage in Xinjiang seit dem Zerfall der UdSSR forciert, um das Unruhepotential zu dämpfen und den Minderheiten vor Augen zu führen, daß es ihnen in China wirtschaftlich besser ergeht als ihren ethnisch und religiös verwandten Volksgenossen in den neuen zentralasiatischen Republiken. Andererseits wurden gleichzeitig die Militär- und Sicherheitskräfte in Xinjiang verstärkt, um möglichen Unruhen mit Härte entgegenzutreten zu können, und weitere Hanchinesen angesiedelt, um eine stärkere Anbindung Xinjians an China zu erreichen. Aus diesem Grund ist China an guten wirtschaftlichen Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten interessiert, denn der Wirtschaftsaufbau in Xinjiang soll durch den Grenzhandel verstärkt werden. Weiterhin ist es für Beijing wichtig, daß die politischen Verhältnisse in den neuen Republiken stabil bleiben, die momentanen säkularen Machthaber, die sich aus der alten Nomenklatura der UdSSR rekrutieren, an der Macht bleiben und islamisch-fundamentalistische und pan-türkische Strömungen unterdrückt werden. Mit anderen Worten ist China an der Aufrechterhaltung des Status quo und dem Ausbau des Handels mit den zentralasiatischen Republiken interessiert.

Vor diesem Hintergrund sollen folgende Fragen beantwortet werden: Welche Konsequenzen ergeben sich für die chinesisch-zentralasiatischen Beziehungen aus der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Situation in den zentralasiatischen Republiken? Welche konkreten Interes-

sen verfolgt China in Zentralasien und wie entwickelten sich die Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken? Welche anderen Akteure sind relevant für die zentralasiatischen Republiken und inwieweit relativiert sich dadurch die Rolle Chinas beziehungsweise welche Konsequenzen ergeben sich für die chinesisch-zentralasiatischen Beziehungen?

Im folgenden soll zunächst die wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Situation der fünf zentralasiatischen Republiken untersucht werden. Im Anschluß daran werden die Beziehungen Beijings zu den einzelnen Republiken analysiert und im dritten Teil die Konkurrenz der verschiedenen Mächte um Einfluß in Zentralasien untersucht. Insbesondere sind dies die Türkei, der Iran und China, aber auch Rußland, welches von den westlichen Beobachtern kurz nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken als wichtiger Akteur zunächst vernachlässigt wurde, aber immer noch den größten Einfluß auf die Region hat.

## 1 Aktuelle Situation und Schwierigkeiten in den jungen Republiken Zentralasiens

### 1.1 Wirtschaftliche Lage und Probleme

#### *Kasachstan*

Kasachstan ist das flächenmäßig größte Land der zentralasiatischen Republiken (zweitgrößter Nachfolgestaat der UdSSR) mit dem ebenso größten Bruttosozialprodukt pro Kopf (vgl. Tabelle 1), verfügt über mindestens dreimal soviet Erdölvorräte wie Kuwait und besitzt dazu Uran, Kohle und Buntmetalle.<sup>4</sup> Trotzdem befindet sich das Land - wie alle neuen zentralasiatischen Republiken - nach wie vor in einem wirtschaftlichen Verfall, der 1995 zwar leicht gebremst werden konnte, jedoch nicht gestoppt wurde. Das BSP sank in den ersten drei Quartalen 1995 nur noch um 10,3 Prozent,<sup>5</sup> der steigende Abwärtstrend der vorherigen Jahre scheint somit überwunden zu sein (vgl. Tabelle 2). Kritisch ist nach wie vor die Situation im Agrar- und Energiesektor, denn in beiden Bereichen ist die Produktion 1995 weiter gesunken.<sup>6</sup> Nach Angaben der BfAI sind die gesamtwirtschaftlichen Ziffern für 1995 im Vergleich zu den vorherigen Jahren jedoch positiv zu bewerten: "Die Inflationsrate ist insgesamt um über 80% zurückgegangen, es besteht ein Handelsbilanzüberschuß und das Zahlungsbilanzdefizit in laufender Rechnung liegt erheblich niedriger als die Schätzung des IWF."<sup>7</sup>

Ursache für die nach wie vor schlechte wirtschaftliche Verfassung des Landes ist neben den strukturellen Problemen die Unterbrechung der Lieferbeziehungen in die GUS-Republiken, vor allem bei den Rohstofflieferungen. Die Exporte brachen stark ein, und Importe müssen jetzt in Devisen zu Weltmarktpreisen bezogen werden. Um seine natürlichen Ressourcen nutzen zu können, ist Kasachstan weitgehend auf ausländisches Kapital und Know-how angewiesen.<sup>8</sup> Kritisch ist in diesem Zusammenhang vor allem die Abhängigkeit Kasachstans von Rußland. Zwar soll durch die Zollunion zwischen Rußland und Kasachstan - der auch Weißrußland angehört - die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern ausgeglichen werden, doch deutet die Übernahme der russischen Zollgesetzgebung durch Kasachstan eine sich verstärkende Abhängigkeit der

Tabelle 1: Basisindikatoren der zentralasiatischen Republiken

	Kasachstan	Kirgistan	Usbekistan	Tadschikistan	Turkmenistan
Einwohner in Mio (1993)	17	4,6	21,9	5,8	3,9
Landfläche in tausend km <sup>2</sup>	2.717	199	447	143	488
BSP pro Kopf in US\$ (1993)	1.560	850	970	470	....

(Quelle: World Bank, *World Bank Development Report*, Oxford, New York, 1995, S. 162f.)

Tabelle 2: Bruttosozialprodukt- und Preisniveaumentwicklung der zentralasiatischen Republiken

	Entwicklung des BSP 1991-1994 (in %)					Entwicklung der Inflationsrate 1991-1994 (in %)				
	1991	1992	1993	1994	Durchschn.	1991	1992	1993	1994	Durchschn.
Kasachstan	-13,00	-14,00	-12,00	-25,00	16,00	91,00	1381,00	1662,30	1879,90	1253,60
Kirgistan	-5,00	-19,10	-16,00	-26,50	16,70	85,00	854,60	1208,80	278,10	606,60
Usbekistan	-0,90	-11,10	-2,40	-3,40	4,50	105,00	644,70	534,20	1432,50	679,10
Tadjikistan	-7,10	-28,90	-11,10	-21,40	17,10	111,60	1156,70	2194,90	350,40	953,40
Turkmenistan	-4,70	-5,30	-10,00	-20,00	10,00	102,50	492,90	3102,40	2610,70	1577,10

(Quelle: International Monetary Fund, "World Economic Outlook", in: *World Economic and Financial Surveys*, IMF, October 1995)

zentralasiatischen Republik von seinem mächtigen nördlichen Nachbarn an.<sup>9</sup> Insbesondere ist Kasachstan bei seinen Öl- und Gasexporten auf die russischen Pipelines und somit auf den 'Goodwill' der Russen angewiesen.<sup>10</sup>

#### Kirgistan

Trotz ähnlicher negativer Wachstumsraten und Inflationsraten wie Kasachstan genießt Kirgistan unter der internationalen Gebergemeinschaft die größten Zuwendungen der Kreditgeber (vgl. Tabelle 1). Kirgistan hat mehr Auslandshilfe pro Kopf angezogen als jeder andere Staat der ehemaligen Sowjetunion. Im Juni 1995 wurden Kirgistan 680 Mio. US\$ zugesagt, nachdem die internationalen Finanzinstitutionen das ambitionierte Reformprogramm des Landes gebilligt hatten.<sup>11</sup> "The liberalisation process has been largely completed. The privatisation programme is progressing as well",<sup>12</sup> so die Weltbank in einer Verlautbarung in Paris im Juni 1995. In den ersten neun Monaten 1995 sank das BSP nur noch um 4,5 Prozent,<sup>13</sup> und die Inflationsrate ging im ersten Halbjahr 1995 auf 8,9 Prozent zurück.<sup>14</sup> (Vgl. zu den vorherigen Jahren Tabelle 2.)

Im Verhältnis zu seinen zentralasiatischen Nachbarn hat Kirgistan kaum nennenswerte Bodenschätze, konnte aber durch die progressivste ökonomische Reform unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion diesen komparativen Nachteil weitgehend ausgleichen. Das kleine zentralasiatische Land hat mittlerweile die stabilste Währung der GUS-Staaten und hat im April 1995 die Statuten des IWF ratifiziert, wodurch die kirgisische Währung "Som" international konvertierbar wurde.<sup>15</sup> Das Land hat Ambitionen, die "Schweiz Zentralasiens" zu werden, und versucht durch ein liberales Investitionsregime, ausländisches Kapital zur Erschließung seiner limitierten Öl-, Gas- und Goldreserven anzulocken.<sup>16</sup>

#### Usbekistan

Zu Zeiten der UdSSR war Usbekistan der Hauptbaumwolllieferant der Sowjetunion. Noch heute ist das Land der fünftgrößte Baumwollproduzent und der zweitgrößte

Baumwollexporteur weltweit.<sup>17</sup> Doch die Baumwollproduktion - mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche dient dem Baumwollanbau - ist einerseits als Devisenbringer eine der Grundlagen der wirtschaftlichen Modernisierung und andererseits durch die starke Umweltbelastung der Monokulturen eine schwere Bürde. Die intensive Bewässerung der Felder und der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln haben den Aralsee - eines der größten Binnengewässer der Erde - auf zirka die Hälfte seiner ursprünglichen Größe schrumpfen lassen und das Leben im See weitgehend zerstört. Mehr als zwei Mio. Hektar Wüste hat das Binnenmeer schon freigegeben. Die Desertifikation setzt jährlich 100 Mio. Tonnen Gift- und Salzstaub frei, die durch den Wind in der Region verteilt werden. Nach Angaben der UNO sind etwa 30 Millionen Menschen in Mittelasien dieser Umweltkatastrophe ausgesetzt.<sup>18</sup>

Neben der Baumwolle verfügt Usbekistan über große Vorkommen an Gold, Öl, Kohle und Buntmetallen. Durch die Erschließung der eigenen Gas- und Ölvorkommen in jüngster Zeit - Usbekistan steht in der Erdölförderung kurz vor der Selbstversorgung - konnte das Land die Abhängigkeit von Rußland devisenschonend verringern.<sup>19</sup> Die Einnahmen aus einer Jahresproduktion von 80 t Gold im Wert von 1 Mrd. US\$ begünstigten zwar den Ausbau der Wirtschaft, konnten jedoch nicht ein Sinken des Bruttosozialprodukts verhindern.<sup>20</sup> Von 1991 bis 1994 sank das BSP im Jahresdurchschnitt um 4,5 Prozent, die Inflationsrate lag im gleichen Zeitraum bei durchschnittlich 680 Prozent (vgl. Tabelle 2). Damit lag der BSP-Rückgang jedoch deutlich unter dem Niveau der anderen zentralasiatischen Republiken. Das Preisniveau ist im ersten Halbjahr 1995 um 91,4 Prozent gestiegen,<sup>21</sup> während sich das BSP in den ersten drei Quartalen 1995 weitgehend stabilisiert hat und nur um 0,5 Prozent zurückgegangen ist.<sup>22</sup> Die internationale Gebergemeinschaft hat Usbekistan einen Kredit über 900 Mio. US\$ zugesichert, wenn es die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF) - weitere Privatisierungen, Preisfreigabe und Einstellung der Subventionen - erfüllen sollte.<sup>23</sup>

Aufgrund ihrer exponierten geographischen Lage ist die usbekische Hauptstadt Taschkent einer der Hauptanzugspunkte in Zentralasien für ausländische Investitionen. "Die hohe Bevölkerungskonzentration sowie ihre Rolle als Kreuzungspunkt des mittelasiatischen Transportnetzes haben die Entwicklung der Stadt und des Gebietes Taschkent wesentlich beeinflusst."<sup>24</sup> Das Produktionsniveau der Hauptstadt liegt - gemessen an der Produktion je Einwohner - fast zweimal über dem Landesdurchschnitt. Durch seine zahlreichen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen hat Taschkent auch eine herausragende Stellung auf dem soziokulturellen und wissenschaftlichen Gebiet innerhalb Zentralasiens.<sup>25</sup>

#### *Tadschikistan*

Von allen fünf zentralasiatischen Republiken ist die Wirtschaft in Tadschikistan aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs in der schlechtesten Verfassung, das BSP ist hier mit 17,1 Prozent in den Jahren 1991 bis 1994 am deutlichsten gefallen (vgl. Tabelle 2). In den ersten neun Monaten 1995 ist das BSP erneut um 9,3 Prozent gesunken.<sup>26</sup> Auch bei der Inflationsbekämpfung war Tadschikistan im Vergleich zu seinen Nachbarn wenig erfolgreich. Lag die durchschnittliche Preissteigerungsrate zwischen 1991 und 1994 noch im zentralasiatischen Mittelfeld (vgl. Tabelle 2), ist sie im ersten Halbjahr 1995 deutlich über dem Durchschnitt und immer noch dreistellig.<sup>27</sup> Ein weiteres Indiz für die Schwäche der tadschikischen Wirtschaft ist, daß Tadschikistan als letzte der 15 ehemaligen Sowjetrepubliken erst im Mai 1995 eine eigene Währung eingeführt und sich damit vom russischen Rubel getrennt hat.<sup>28</sup>

#### *Turkmenistan*

Ebenso wie in allen anderen zentralasiatischen Republiken konnte auch in Turkmenistan der Traum vom schnellen Reichtum und Wohlstand durch die Ausbeutung der vorhandenen Bodenschätze noch nicht realisiert werden. Obwohl Turkmenistan über die drittgrößten Erdgasvorkommen der Welt verfügt und sich vorgenommen hat, zum Kuwait Zentralasiens zu werden, konnte die Talfahrt der Wirtschaft nicht gestoppt werden. Dies liegt nach Meinung des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche zum einen an der nur schleppend vorankommenden Privatisierung und dem Festhalten an der alten sowjetischen Wirtschaftspolitik und zum anderen an dem Mangel eigener Pipelines zum Erdgasverkauf. Turkmenistan ist von den russischen Pipelines abhängig, und Moskau ist darauf bedacht, die Erdgas- und Erdöllieferungen der GUS-Mitglieder unter eigener Kontrolle zu halten. Die Energielieferungen Turkmenistans laufen somit über Rußland und landen in den oft zahlungsunfähigen Ländern der GUS. So ist beispielsweise Turkmenistan nach Rußland der zweitgrößte Kreditgeber der Ukraine.<sup>29</sup>

#### *Fazit*

Insgesamt läßt sich resümieren, daß die zentralasiatischen Republiken das Ende ihrer wirtschaftlichen Talfahrt noch nicht erreicht haben. Vor allem Tadschikistan und Turkmenistan befinden sich noch immer deutlich im Abwärtstrend, wobei der Rückgang des BSP in Kirgistan und Ka-

sachstan etwas gebremst werden konnte und sich in Usbekistan eine Wende anzudeuten scheint. In Usbekistan, Kasachstan, aber auch Turkmenistan konnten die reichlich vorhandenen Bodenschätze den wirtschaftlichen Verfall etwas bremsen, während in Kirgistan eine radikale Wirtschaftsreform Ähnliches erreichte. Größtes Problem neben den strukturellen Defiziten in der Wirtschaft ist vor allem für Kasachstan, Tadschikistan und Turkmenistan die nach wie vor große Abhängigkeit von Moskau. In Tadschikistan ist sie durch den anhaltenden Bürgerkrieg politisch und militärisch bedingt, während sie in Kasachstan und Turkmenistan hauptsächlich durch infrastrukturelle Mankos zu erklären ist. Beide Länder können ihre reichhaltigen Öl- und Gasvorkommen nur über russische Pipelines exportieren. Für alle Länder kommt erschwerend hinzu, daß in sowjetischen Zeiten die Schlüsselpositionen in der Industrie und Verwaltung von Russen besetzt waren, so daß sich durch die Abwanderung der slawischen Bevölkerung (vgl. Tabelle 4) Engpässe bei hochqualifiziertem Personal ergeben.

Somit zeigt sich nach nunmehr fünf Jahren Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten, daß sie zwar vollkommene völkerrechtliche Souveränität besitzen, wirtschaftlich aber noch immer unter dem Einfluß Moskaus stehen. Die Strukturen der über 70jährigen kommunistischen Herrschaft konnten nicht beseitigt und ersetzt werden, im Gegenteil, es zeichnet sich ab, daß Rußland seinen Einfluß auf die Region nach anfänglicher Unabhängigkeitseuphorie in den zentralasiatischen Republiken erneut konsolidieren konnte. Dies wird in der Folge noch zu analysieren sein, zunächst werden jedoch die innenpolitischen Probleme und Konfliktpotentiale in den zentralasiatischen Republiken untersucht, wobei auch hier der russische Einfluß eine maßgebliche Rolle spielt.

## **1.2 Innenpolitischer Zustand und mögliche Konfliktpotentiale**

### *Kasachstan*

Der im Dezember 1991 gewählte kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew ließ sich seine Amtszeit in einer Volksabstimmung Ende April 1995 bis ins Jahr 2000 verlängern, wobei das Ergebnis von 95,4 Prozent an alte sowjetische Verhältnisse erinnerte. Dieses Ergebnis ist um so verwunderlicher, da Umfragen einige Tage vor der Wahl eine Zustimmung für Nasarbajew zwischen 73 und 75 Prozent prognostiziert hatten.<sup>30</sup> Mit ähnlich großer Mehrheit wurde im August 1995 eine neue Verfassung vom kasachischen Volk angenommen, welche die Befugnisse des Präsidenten erheblich erweitert. Er kann das Parlament auflösen sowie sämtliche Richter und einen Großteil der Mitglieder des Oberhauses ernennen. Um den Präsidenten seines Amtes zu entheben, bedarf es hingegen einer Dreiviertel-Mehrheit beider Kammern.<sup>31</sup> Ausländische Beobachter gingen bei dieser Abstimmung, wie bereits bei den Parlamentswahlen im März 1994 und der Volksabstimmung im April 1995, von Wahlmanipulation aus.<sup>32</sup>

Eine besondere Herausforderung für den kasachischen Präsidenten ist der Ausgleich zwischen den beiden größten Ethnien in Kasachstan, den Kasachen und Russen (vgl. Tabelle 3). Durch die neue Verfassung wurde Russisch

**Tabelle 3: Die ethnische Struktur in den zentralasiatischen Republiken 1990 (in %)**

	Kasachstan	Kirgistan	Usbekistan	Tadschikistan	Turkmenistan
Kasachen	39,7	....	4,1	....	....
Kirgisen	....	52,4	....	....	....
Deutsche	5,8	2,9	....	....	....
Russen	37,8	21,5	8,3	7,6	9,5
Usbeken	....	12,9	71,4	23,5	9
Ukrainer	5,4	2,5	....	....	....
Tadschiken	....	....	4,7	62,3	....
Turkmenen	....	....	....	....	72

(Quelle: Larissa Schatalina, "Sicherheitsprobleme der ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens", in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 24. Jahrgang, Heft 1, Jänner/Februar 1996, S. 33.)

**Tabelle 4: Nettomigration aus den zentralasiatischen Republiken nach Rußland (in 1.000)**

	1990	1991	1992	1993
Kasachstan	54,6	29,5	96,6	127,0
Kirgistan	21,2	17,7	49,8	86,7
Usbekistan	65,9	35,9	86,4	70,6
Tadschikistan	40,3	17,6	66,7	62,9
Turkmenistan	5,1	4,5	12,0	6,8
Gesamt	187,1	105,2	311,5	354,0

(Quelle: Larissa Schatalina, "Sicherheitsprobleme der ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens", in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 24. Jahrgang, Heft 1, Jänner/Februar 1996, S. 33)

"offizielle" Sprache, während Kasachisch Amtssprache blieb.<sup>33</sup> Ebenso kam Nasarbajew der slawischen Bevölkerungsgruppe entgegen, indem beschlossen wurde, die kasachische Hauptstadt von Alma Ata in den Norden des Landes nach Akmola zu verlegen. Akmola liegt im Zentrum der industriellen Produktionsstätten Kasachstans, die überwiegend von Russen bevölkert sind, außerdem befinden sich die wichtigsten Bodenschätze - Öl, Gas und Gold - im Norden des Landes. Mit der Entscheidung wollte die Regierung offenbar Separationsbestrebungen der slawischen Bevölkerung von Kasachstan einerseits und Vereinigungsbestrebungen mit Rußland andererseits entgegenwirken.<sup>34</sup>

Sowohl die Verfassungsänderung als auch die Hauptstadtverlegung verdeutlichen weiterhin, wie sehr die kasachische Regierung dem Druck Moskaus ausgesetzt ist. Die Einflußnahme Moskaus wurde insbesondere nach der Auflösung des kasachischen Parlaments durch Präsident Nasarbajew im März 1995 deutlich. Rußland befürchtete, daß durch die Auflösung des Parlaments - in welchem die slawische Bevölkerung durch alte Kader aus sowjetischer Zeit stark vertreten war - die Interessen der in Kasachstan lebenden Russen nicht mehr gewahrt werden könnten. Moskau warnte davor, "daß Kasachstan einer autoritären Präsidentenherrschaft unterworfen werden könne."<sup>35</sup> Da Kasachstan bei seinen Öl- und Gasexporten weitgehend von russischen Transportmöglichkeiten abhängig ist, kann Moskau seine Forderungen durch ökonomischen Druck untermauern.

Insgesamt scheint sich der ökonomische Austeritätskurs Nasarbajews, den er mit harter Hand verfolgt, jedoch auszuweiten. Die wirtschaftlichen Rahmendaten von 1995 (s.o.) versprechen eine leichte Konsolidierung der kasachischen Wirtschaft. Dies bringt dem Präsidenten trotz seiner autoritären Herrschaft vor allem in den westlichen Ländern Sympathien bei Regierungen und Investoren ein. Der Name Nasarbajew wird mit Stabilität verbunden, und so wird über Demokratiedefizite in Kasachstan leicht hinweggesehen.<sup>36</sup>

#### *Kirgistan*

Im Gegensatz zu allen anderen Präsidenten der zentralasiatischen Republiken ist der Präsident Kirgistans, Askar Akajew, kein ehemaliger kommunistischer Führer. Ebenso ist Kirgistan das einzige Land in Zentralasien mit einer Demokratie nach westlichen Maßstäben.<sup>37</sup> Das kleine Bergland hat eine liberale Verfassung nach amerikanischem Vorbild, der Präsident ist der starke Mann im Staat. Akajew wurde bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen im Dezember 1995 in seinem Amt bestätigt. Seine Konkurrenten warfen ihm zwar Wahlbetrug und Wahlmanipulation vor, insbesondere sein kommunistischer Gegenkandidat Masalijew, internationale Wahlbeobachter sahen indes keinen Grund, die Wahl als undemokratisch zu bezeichnen.<sup>38</sup>

Ebenso wie für seinen Kollegen Nasarbajew im benachbarten Kasachstan ist auch für Akajew eine der größten Herausforderungen der Ausgleich zwischen den verschiedenen Ethnien des Landes, insbesondere zwischen Kirgisen und

Russen (vgl. Tabelle 3). In Kirgistan konzentriert sich die slawische Bevölkerung vor allem in den wirtschaftlich am besten entwickelten Regionen, und die Russen haben nach wie vor die meisten Schlüsselpositionen in der Wirtschaft inne. Zu UdSSR-Zeiten waren nur drei bis 13 Prozent der industriellen Arbeitsplätze von Kirgisen besetzt. Somit bringt die starke Abwanderung der russischen Bevölkerung (vgl. Tabelle 4) für die weitgehend industriell geprägte Wirtschaft Kirgistans erhebliche Probleme mit sich. Sollten die Russen in unvermindertem Tempo das Land verlassen, werden bis zum Jahr 2000 die Usbeken die zweitgrößte Volksgruppe des Landes sein.<sup>39</sup>

### *Usbekistan*

Der 1991 als erster Präsident des unabhängigen Usbekistans gewählte Islam Karimov ließ sich ebenso wie der kasachische Präsident Nasarbajew seine Amtszeit in einem Referendum im März 1995 bis zum Jahr 2000 verlängern. 99 Prozent der Abstimmenden hatten seinem Vorschlag zugestimmt, ihn bis zum nächsten Jahrtausend im Amt zu bestätigen, internationale Beobachter wurden nicht zu den Wahlen geladen.<sup>40</sup>

Karimow - zu Zeiten der UdSSR Chef der Kommunistischen Partei Usbekistans - regiert sein Land mit harter Hand: "Wer Kritik am Regime äußert, riskiert in Usbekistan die Freiheit oder gar das Leben."<sup>41</sup> Die Opposition, ob islamisch oder säkular eingestellt, wird erbittert verfolgt und bekämpft. Die islamisch, pantürkisch oder nationalistisch ausgerichteten Parteien hatten kaum eine Chance zur Artikulation ihrer Interessen, und jede drohende Gefahr aus diesen Richtungen wurde im Keim erstickt. Durch eine staatlich gesteuerte Wiederbelebung eines moderaten Islams und die Forcierung der nationalen Komponente hat Karimow Islamisten, Pantürkisten und Nationalisten gleichzeitig den Wind aus den Segeln genommen. Der Präsident rechtfertigt seine autoritäre Führung des Landes mit der geringen Erfahrung seiner Landsleute mit demokratischen Strukturen und der desolaten Wirtschaftslage Usbekistans. Oberste Prämisse der politischen Führung ist somit die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität und der wirtschaftliche Aufschwung des Landes.<sup>42</sup>

Die ethnische Struktur Usbekistans läßt auf den ersten Blick nur ein geringes ethnisches Konfliktpotential erkennen, da annähernd dreiviertel der Bevölkerung Usbeken sind und sich das restliche Viertel auf drei weitere Volksgruppen verteilt (vgl. Tabelle 3). Durch die willkürliche territoriale Grenzziehung in den dreißiger Jahren zwischen Usbekistan und Tadschikistan sind jedoch bedeutende Teile, die traditionell mit Tadschikistan verbunden waren (v.a. Samarkand und Buchara als Zentren der alten Zivilisation Zentralasiens), auf das Territorium Usbekistans geraten. Bei Volkszählungen wurden fortan bedeutende Teile der tadschikischen Bevölkerung als Usbeken registriert, so daß nach inoffiziellen Schätzungen etwa 25% der Bevölkerung Usbekistans Tadschiken sind.<sup>43</sup> Die Usbeken selber sind eines der konsolidiertesten Völker in ganz Mittelasien, was auf die traditionelle Bedeutung des innerethnischen Handels zurückzuführen ist, der über die Jahrzehnte eine Verwischung der Stammesunterschiede bewirkt hat.<sup>44</sup>

Problematisch ist ebenso die Dominanz der russischen Bevölkerung in der usbekischen Wirtschaft und im Militär, obwohl die Russen nur 8,3 Prozent der Bevölkerung ausmachen (vgl. Tabelle 3). Anfang der neunziger Jahre stellten die Russen etwa 80% des industriellen Personals.<sup>45</sup> Durch die Abwanderung russischer Bevölkerungsteile nach Rußland (vgl. Tabelle 4) ergeben sich hier Engpässe in der Wirtschaft, die sich unmittelbar auf das Wachstum und die Modernisierung Usbekistans auswirken.

### *Tadschikistan*

Obwohl interethnische Spannungen auch in den anderen zentralasiatischen Republiken destabilisierend wirken, haben sie in Tadschikistan ihren deutlichsten Ausdruck gefunden. Der seit dem Frühjahr 1992 andauernde Bürgerkrieg zwischen Anhängern der regierenden Kommunisten und den Anhängern der demokratischen, nationalistischen und islamisch-fundamentalistischen Opposition hat das Land in eine tiefe wirtschaftliche und politische Krise geführt. Der eigentliche Konflikt besteht jedoch zwischen den verschiedenen Clans, die um die Führung des Landes kämpfen.<sup>46</sup> Mitte 1993 konnten sich schließlich die kommunistischen Kräfte mit Hilfe russischer Intervention durchsetzen, wodurch das Land zwar de jure nach wie vor seine Souveränität behielt, de facto aber von Rußlands Gnaden abhängig wurde.<sup>47</sup> Präsident Emomali Rachmonow und seine Regierung sind lediglich Marionetten von Moskau.<sup>48</sup> Bei den Parlamentswahlen Anfang 1995 wurden die Kommunisten stärkste Kraft, die OSZE hatte es abgelehnt, Wahlbeobachter zu entsenden, da die Wahlen undemokratisch seien.<sup>49</sup>

Neben den 23.000 russischen Soldaten an der Grenze zu Afghanistan - die tadschikischen Widerstandskämpfer haben sich weitgehend in den Schutz der afghanischen Berge zurückgezogen und operieren von dort gegen Tadschikistan - und der damit verbundenen Abhängigkeit von Moskau stellt die usbekische Minderheit ein weiteres Problem für die Stabilität des Landes dar (vgl. Tabelle 3). Ökonomisch ist Tadschikistan sehr stark von Usbekistan abhängig. Tadschikistan ist bei seinem Nachbar hoch verschuldet, einige Gebiete des Bürgerkriegslandes sind nur durch usbekische Straßen zu erreichen, und usbekische Firmen fördern in Tadschikistan Bodenschätze. Durch die ökonomische Einflußnahmen, und durch die Unterstützung des afghanischen Generals Dostum, der die Nordprovinzen Afghanistans kontrolliert,<sup>50</sup> die den Süden Tadschikistans einschließen, versucht Usbekistan offenbar seinen Einfluß auf Tadschikistan zu verstärken.

### *Turkmenistan*

Sapamurad Nijasow, früher Parteichef und jetzt Präsident von Turkmenistan, der sich in der kleinen Wüstenrepublik mit kaum zu übertreffendem Personenkult als "Turkmenbaschi" - Führer der Turkmenen - verehren läßt, war im Januar 1994 als erster auf die Idee gekommen, seine Herrschaft durch eine Volksabstimmung bis zum Jahr 2002 zu verlängern. Die KPdSU heißt jetzt Demokratische Partei, aber ansonsten hat sich nichts Wesentliches geändert. Nijasow regiert das Land mit eiserner Hand und versucht, mit dem Kult um seine eigene Person eine neue nationale

Identität aufzubauen: "He has replaced the cult of Lenin with the cult of himself",<sup>51</sup> so die *International Herald Tribune*.

Die Rechnung Nijasows scheint jedoch aufzugehen. Die politischen Verhältnisse im Land sind relativ stabil, offene oder versteckte Opposition gegen seine Person gibt es praktisch nicht. Dies ist zum einen auf großzügige Geschenke an die moderaten Muslime zurückzuführen, wie beispielsweise der Bau neuer Moscheen, andererseits aber auch auf die turkmenischen Sicherheitskräfte, die in direkter Nachfolge des lokalen sowjetischen KGB das Volk überwachen und notfalls unterdrücken. Die in New York ansässige Menschenrechtsorganisation Freedom House hat das turkmenische Regime unter die 20 repressivsten der Welt eingestuft.<sup>52</sup>

Auch die ethnische Zusammensetzung des Landes stellt die Regierung kaum vor Probleme, wie sie beispielsweise die Nachbarrepubliken Kasachstan oder Kirgistan haben (vgl. Tabelle 3). Die kleine Anzahl der Russen und ihr relatives Wohlergehen haben es Turkmenistan als bisher einzigem GUS-Staat ermöglicht, mit Rußland ein Abkommen über die doppelte Staatsbürgerschaft abzuschließen.<sup>53</sup> Das Einverständnis der Regierung mit der slawischen Bevölkerung spiegelt sich auch in der im Vergleich zu anderen Republiken relativ geringen russischen Abwanderung aus Turkmenistan wider (vgl. Tabelle 4).

### Fazit

Allen zentralasiatischen Republiken ist gemein, daß sie von mehr oder weniger starken und autoritär herrschenden Präsidenten geführt werden (ausgenommen Tadschikistan) und daß sich diese Präsidenten aus der alten kommunistischen Herrschaftselite rekrutieren (ausgenommen Kirgistan). Außer in Tadschikistan ist es den Präsidenten gelungen, die innenpolitische Stabilität zu erhalten, wenngleich dies auf zum Teil sehr undemokratische Weise geschah. Pantürkische und islamische, aber auch nationalistische Kräfte wurden unterdrückt, so daß in Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Turkmenistan ähnliche Verhältnisse wie in Tadschikistan verhindert wurden. Der autoritäre Führungsstil der Präsidenten verhinderte jegliche Opposition, allein die Artikulation abweichender Meinungen wurde bereits unterdrückt. So sind die zentralasiatischen Republiken, außer Tadschikistan, fünf Jahre nach ihrer Unabhängigkeit politisch relativ stabil. Alle Präsidenten haben sich ihre Macht durch das Volk bis in nächste Jahrtausend legitimieren lassen und können auf eine leichte wirtschaftliche Konsolidierung verweisen. Die viel beschworene Destabilisierung der Region durch den Islam oder pantürkische Kräfte ist bislang nicht eingetreten und ist mittelfristig auch nicht zu erwarten.

Vielmehr zeichnet sich im politischen Bereich ein Problem für die zentralasiatischen Staaten ab, das auch im wirtschaftlichen Bereich besteht: die Abhängigkeit von Rußland. Durch den slawischen Bevölkerungsanteil, vor allem in Kasachstan und Kirgistan, werden die zentralasiatischen Republiken in den Augen Moskaus als natürliche Interessenssphäre angesehen. Der ehemalige russische Außenminister Kosyrew machte in diesem Zusammenhang deut-

lich, daß Rußland die Interessen der slawischen Bevölkerung im Ausland notfalls auch militärisch wahrnehmen würde.<sup>54</sup> Der Einfluß Moskaus auf Zentralasien wurde am deutlichsten an den russisch-kasachischen Beziehungen, wenn man von Tadschikistan absieht, das aufgrund des Bürgerkriegs besonders von Moskau abhängig ist. Dies ist jedoch nicht verwunderlich, da Kasachstan als einziges Land in Zentralasien eine gemeinsame Grenze mit Rußland hat, neben Rußland der größte Staat in der GUS ist und vor allem den größten Anteil aller zentralasiatischen Republiken an russischer Bevölkerung hat. Das Interesse Moskaus in Kasachstan ist folglich besonders groß im Vergleich zu den anderen Republiken.

Neben der ethnischen Zusammensetzung der zentralasiatischen Republiken und ihrer wirtschaftlichen Struktur ist die militärische Dimension der dritte Faktor, der Zentralasien von Moskau abhängig macht.

### 1.3 Militärpolitik und latente zwischenstaatliche Konflikte

Das militärische Potential der zentralasiatischen Republiken entspricht zu etwa zehn Prozent demjenigen der früheren Sowjetunion.<sup>55</sup> Die größte Armee besitzt Kasachstan, das auch als einzige der fünf Republiken durch den Zerfall der UdSSR zum Atomwaffenstaat wurde (vgl. Tabelle 5). Kasachstan verpflichtete sich jedoch, alle strategischen Kernwaffen innerhalb von zehn Jahren von seinem Territorium abzuziehen. Die Nuklearsprengköpfe wurden bereits nach Rußland überführt, so daß Kasachstan noch über 48 unbestückte SS-18-Raketen verfügt.<sup>56</sup>

Nach Kasachstan besitzt Usbekistan die zweitgrößten Streitkräfte der zentralasiatischen Republiken (vgl. Tabelle 5). Die militärische Infrastruktur ist aufgrund der militärischen Bedeutung Usbekistans zu Zeiten der UdSSR immer noch relativ gut ausgestattet. In Usbekistan war der Stab des Militärbezirks Turkestan der Sowjetarmee untergebracht, und durch die sowjetische Intervention in Afghanistan (1979-1989) wurde Usbekistan als frontnahe Republik massiv aufgerüstet. Nach Einschätzungen russischer Experten sind Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der usbekischen Streitkräfte im Vergleich zu den anderen neuen zentralasiatischen Armeen recht hoch.<sup>57</sup>

Mannschaftsstärke und Verteidigungsbudget von Turkmenistan und Kirgistan sind im Vergleich zu denen Kasachstans und Usbekistans gering, während Tadschikistan insbesondere in Relation zu seinem BSP sehr hohe Verteidigungsausgaben hat (vgl. Tabelle 5). Dies ist zum Großteil auf den in Tadschikistan andauernden Bürgerkrieg zurückzuführen.

Gemein ist allen zentralasiatischen Streitkräften, daß ihr materiell-technischer Zustand auf sehr geringem Niveau ist. Das Material, das ausschließlich aus ehemaligen sowjetischen Beständen stammt, wird zum Teil unzureichend gewartet, da Know-how und Ersatzteile fehlen. Auch in Zukunft werden somit die zentralasiatischen Armeen auf Waffen, Wissen und Unterstützung aus Rußland angewiesen sein.<sup>58</sup> Die militärische Abhängigkeit Zentralasiens von Moskau manifestiert sich ebenso in den zahlreichen bilateralen Abkommen über militärische Kooperation zwischen Rußland und den neuen Republiken der Region.<sup>59</sup>

**Tabelle 5: Militär und Rüstung in den zentralasiatischen Republiken**

	Kasachstan	Kirgistan	Usbekistan	Tadschikistan	Turkmenistan
Verteidigungsausg. in Mio US\$ (1993)	429	51	344	126	74
Verteidigungsbudget in Mio US\$ (1994)	414		325	68	65
Verteidigungsbudget in Mio US\$ (1995)	297	13	315	67	61
Verteidigungsausg. in % vom BSP (1993)	2,36%	1,50%	2,49%	5,04%	1,23%
Mannschaftsstärke	40.000	7000	25.000	ca. 3000	11.000
Nuklearwaffen	48 SS-18*	....	....	....	....

\*ohne Nuklearsprengköpfe, da diese bereits nach Rußland zurückgeführt wurden.

(Quelle: International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance 1996/1997*, London 1996, S. 160f, 165ff.)

**Tabelle 6: Anteil der autochthonen Bevölkerung in den Armeen der zentralasiatischen Republiken (in %)**

	Bevölkerung	Personal der Streitkräfte	Offizierskorps
Kasachstan	48	45	6 - 10
Kirgistan	57	60	30
Usbekistan	82	85	10
Tadschikistan	79	90	20
Turkmenistan	75	70	15 - 20

(Quelle: Larissa Schatalina, "Sicherheitsprobleme der ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens", in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 24. Jahrgang, Heft 1, Jänner/Februar 1996, S. 38)

Größtes Problem ist neben der Aufrechterhaltung des technischen Standards das Personal in den neuen Armeen, insbesondere innerhalb des Offizierskorps. Bis heute stellen Russen und Ukrainer den Hauptteil der Offiziere in den zentralasiatischen Streitkräften, der Anteil der autochthonen Bevölkerung ist gering (vgl. Tabelle 6). Während der Austausch der Wehrpflichtigen mittelfristig zu bewältigen ist, wird der Austausch des Offizierskorps und somit die Stärkung der autochthonen Bevölkerung im Militär noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Die überproportionale Präsenz der slawischen Bevölkerung in den Armeen Zentralasiens, insbesondere in den Führungspositionen, bringt für Rußland zusätzlichen Einfluß im militärischen Bereich mit sich.

Diese Tatbestände verdeutlichen, daß die Republiken Zentralasiens zwar offiziell über souveräne Armeen verfügen, de facto ohne das Einverständnis Rußlands jedoch nur einen sehr geringen militärischen Handlungsspielraum besitzen. Da Rußland an einer stabilen Peripherie interessiert ist, dürften militärische Konflikte zwischen den Staaten der Region zumindest kurz- und mittelfristig weitgehend ausgeschlossen sein. Zudem hat die Darstellung der wirtschaftlichen Situation der zentralasiatischen Republiken verdeutlicht, daß die Probleme in diesem Bereich nach wie vor so gravierend sind, daß die politischen Führungen kaum ein Interesse an militärischen Abenteuern haben dürften.

Dennoch sind durch die willkürliche Grenzziehung zwischen den Republiken, die sie als Erbe aus der sowjetischen Zeit in die Unabhängigkeit mitbekommen haben, zahlreiche Konflikte vorprogrammiert, denn die meisten Völker haben ihre Siedlungsgebiete in zwei oder mehreren Republiken. Besonders gravierend ist dies zwischen Usbekistan und Tadschikistan (vgl. Tabelle 3). Oben wurde

bereits auf die wirtschaftliche Abhängigkeit Tadschikistans von Usbekistan und die damit verbundene Einflußerweiterung der Usbeken verwiesen. Problematisch ist ebenso, daß die historischen Zentren der Tadschiken, Samarkand und Buchara, auf usbekischem Gebiet liegen.

Inwieweit sich diese latenten Konfliktpotentiale in der zukünftigen Entwicklung Zentralasiens zu konkreten Konflikten und eventuell zu militärischen Auseinandersetzungen ausweiten, ist nicht abzusehen. Die wirtschaftlichen Probleme in den Republiken, die Schwäche der zentralasiatischen Armeen, die Abhängigkeit von Rußland und Moskaus Interesse an Stabilität in seiner Peripherie legen jedoch die Schlußfolgerung nahe, daß es mittelfristig nicht zu zwischenstaatlichen Konflikten kommen wird.

Nachdem die wirtschaftliche, politische und militärische Situation in den zentralasiatischen Republiken analysiert wurde, sollen nun vor diesem Hintergrund die Interessen Beijings in Zentralasien und die Beziehungen zwischen China und den zentralasiatischen Republiken untersucht werden. In diesem Zusammenhang ist die Autonome Region Xinjiang für die Volksrepublik China von zentraler Bedeutung.

## 2 China und Zentralasien: Relevanz, Beziehungen und Interessen

### 2.1 Die Bedeutung Xinjiangs für die Volksrepublik China

In China leben 56 Minoritäten, die über 64,5 Prozent des chinesischen Gebietes verteilt sind und 8,2 Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas ausmachen. Im Vergleich zur



ehemaligen Sowjetunion ist China ethnisch dadurch relativ homogen bevölkert, dominierende Volksgruppe sind die Hanchinesen.<sup>60</sup>

Durch die weite Verteilung der Minoritäten über das Land und die zahlenmäßige Übermacht der Hanchinesen sind separatistische Tendenzen wie in der ehemaligen Sowjetunion eher unwahrscheinlich. Trotzdem werden drei Gebiete aufgrund ihrer Minderheiten mit Argusaugen von der Führung in Beijing beobachtet: die Autonomen Regionen Tibet, Xinjiang und Innere Mongolei. Obwohl es keine entsprechenden Umfragen gibt, ist anzunehmen, daß die Minoritäten in den drei Autonomen Regionen der chinesischen Führung und Kontrolle ablehnend gegenüberstehen. Dies belegen zahlreiche Aufstände, Anschläge, Unruhen und Demonstrationen in den entsprechenden Regionen.<sup>61</sup> Die Bevölkerung von Xinjiang besteht zu 46 Prozent aus Uiguren, zu 36 Prozent aus Hanchinesen, zu etwa acht Prozent aus Kasachen, zu zwei Prozent aus Tadschiken und zu einem Prozent aus Kirgisen.<sup>62</sup>

Die Autonome Region Xinjiang ist aufgrund ihrer Größe und geographischen Lage von enormer strategischer Bedeutung für die Führung in Beijing. Einerseits ist Xinjiang das Tor Chinas zum Nahen Osten und nach Zentralasien, andererseits dient es als Sicherheitspuffer zwischen Zentralasien und Zentralchina. Die geographische Beschaffenheit und die geringe Bevölkerungsdichte sind ideale Terrain für militärische Übungen, Manöver und Atomtests. Hinzu kommen die zahlreichen Bodenschätze, die wichtig für die Modernisierung und Industrialisierung Chinas sind. Das bedeutendste Ölfeld der Volksrepublik liegt in Xinjiangs Tarim-Becken und ist bis heute immer noch weitgehend unerschlossen.<sup>63</sup> Hinzu kommen große Mengen an Gas-, Kohle- und Eisenvorkommen. Der stetig steigende Bedarf Chinas an Energie macht somit die Autonome Region Xinjiang zum wichtigen Rückhalt für den chinesischen Modernisierungsprozeß. Nicht zuletzt dient die große dünnbesiedelte Fläche Xinjiangs als zum Teil unfreiwilliges Siedlungsgebiet für zahlreiche Chinesen. Durch Arbeits- und Umerziehungslager hat die Region einerseits die Funktion eines chinesischen Gulag, während andererseits die nicht immer freiwillige Umsiedlung von Hanchinesen nach Xinjiang die chinesischen Ballungsgebiete im Osten entlasten soll.<sup>64</sup>

Um die Kontrolle der Zentralregierung über Xinjiang zu gewährleisten, bediente sich Beijing in den letzten Jahrzehnten vor allem harter Maßnahmen gegen die in der Region lebenden Minderheiten. Ein hohes Militäraufgebot und die massive Ansiedlung von Hanchinesen sollten die Minderheiten im Zaum halten. 1949 stellten die Hanchinesen ungefähr sieben Prozent der Bevölkerung Xinjiangs, 1990 fast vierzig Prozent. Die Zahl der Hanchinesen verzweifachte sich durch Immigration, während sich die Bevölkerung der Uiguren, Kasachen und anderer Minderheiten lediglich verdoppelte oder verdreifachte.<sup>65</sup> Hinzu kam die ökonomische Ausbeutung Xinjiangs durch die Zentralregierung, insbesondere die Exploitation der Ressourcen. Erst mit dem Beginn der Reformperiode unter Deng Xiaoping und vor allem seit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken hat ein Umdenken in der chinesischen Führung gegenüber Xinjiang begonnen. Zwar versichert man sich immer noch der militärischen Kräfte, um im Ernstfall Aufstände der Minoritäten zu unterdrücken, gleichzeitig wird aber ebenso versucht, die Minorität-

ten am wirtschaftlichen Aufschwung Chinas teilhaben zu lassen. Den separatistischen Tendenzen in Xinjiang soll somit nicht allein durch militärische Repression begegnet werden, sondern ebenso durch wirtschaftliche Integration und durch ein Anheben des Lebensstandards der Minderheiten.<sup>66</sup>

Diese Doppelstrategie ist bis jetzt recht erfolgreich, da der Lebensstandard der Bevölkerung durch das Wirtschaftswachstum Chinas und den Grenzhandel mit den neuen zentralasiatischen Republiken angehoben werden konnte. Die Autonome Region Xinjiang soll eine Vorbildfunktion erfüllen und als Modell dienen, um den Minderheiten vor Augen zu führen, daß es ihnen unter chinesischer Autorität besser geht als in der Unabhängigkeit. Den Uiguren, Kasachen, Kirgisen und Tadschiken in Xinjiang geht es wirtschaftlich tatsächlich wesentlich besser als ihren Volksgenossen in den Nachbarländern.<sup>67</sup> Die Führung in Beijing scheint erkannt zu haben, daß sie die Loyalität der Bevölkerung Xinjiangs nur durch Zugeständnisse gewinnen kann, nicht aber durch Repressionen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Führung in Beijing bislang mit der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Entwicklung in den zentralasiatischen Republiken vollauf zufrieden sein kann.

Erstens führt die nach wie vor schlechte wirtschaftliche Lage Zentralasiens den Minderheiten in Xinjiang vor Augen, daß Separationsbestrebungen den wirtschaftlichen Niedergang implizieren könnten. Wirtschaftlich starke, unabhängige Republiken hätten den Separationsbewegungen in Xinjiang sicherlich großen Auftrieb verschafft, während der jetzige wirtschaftliche Zustand der zentralasiatischen Staaten die ordnende Hand Beijings in Xinjiang legitimiert.

Zweitens konnten sich in den neuen Republiken bislang keine pantürkischen, nationalistischen oder islamischen Kräfte durchsetzen, die politischen Verhältnisse sind vielmehr - mit Ausnahme derer in Tadschikistan - relativ stabil. Auch dies ist wichtig für Beijing in bezug auf Xinjiang, denn instabile Nachbarn gefährden zwangsläufig die Stabilität im eigenen Land. Das Erstarken pantürkischer oder islamistischer Kräfte in Zentralasien könnte auf Xinjiang übergreifen und somit die Autorität Beijings in Frage stellen.

Schließlich kommt der Führung in Beijing die militärische Abhängigkeit Zentralasiens von Rußland entgegen. Die chinesisch-russischen Beziehungen haben sich seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hervorragend entwickelt, es fand ein reger Besucheraustausch auf höchster Regierungsebene statt, der Handel zwischen beiden Ländern ist stetig gewachsen, und beide Länder haben ähnliche Interessen in Zentralasien. Auch Moskau ist an stabilen politischen Verhältnissen interessiert, will den Status quo erhalten und fürchtet das Erstarken islamistischer oder pantürkischer Kräfte. Insofern ist für China ein einflußreiches Rußland in Zentralasien wesentlich willkommener als beispielsweise die Türkei oder der Iran, die gegensätzliche Interessen zu China verfolgen. Die Türkei verfolgt pantürkische Interessen, während der Iran den islamischen Fundamentalismus in Zentralasien stärken will.

Wie sich die chinesisch-zentralasiatischen Beziehungen in den letzten Jahren entwickelt haben, soll in der Folge analysiert werden.

## 2.2 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu den zentralasiatischen Republiken

### *Kasachstan*

Kasachstan hat mit 1.700 Kilometern nach Rußland die längste Grenze der ehemaligen UdSSR mit China. Hinzu kommt seine Größe und die 1 Mio. in Xinjiang lebenden Kasachen, so daß Kasachstan für China sicherlich das wichtigste der zentralasiatischen Länder ist und die Volksrepublik folglich um besonders intensive Kontakte bemüht ist.

Nach der Anerkennung Kasachstans durch China besuchte im Februar 1992 als erster hochrangiger Politiker Kasachstans Ministerpräsident Tereschtschenko die Volksrepublik China. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt wurden zahlreiche Abkommen über wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Kooperationen unterzeichnet sowie Vereinbarungen über Kredite, Eisenbahn- und Lufttransporte getroffen.<sup>68</sup>

Als im Oktober 1993 der kasachische Präsident Nasarbajew in Beijing einen Staatsbesuch abhielt, wurden erneut wirtschaftliche Kooperationen beschlossen und eine "Gemeinsame Erklärung über die Grundlagen freundschaftlicher Beziehungen zwischen China und Kasachstan" unterzeichnet.

Ein wichtiges Datum war schließlich die Reise des chinesischen Premiers Li Peng im April 1994 nach Kasachstan, nachdem er zuvor bereits Usbekistan, Turkmenistan und Kirgistan besucht hatte. Wichtigstes Ergebnis dieser Reise war das Grenzabkommen mit Kasachstan, das den Verlauf der 1.700 Kilometer langen Grenze festlegt, wobei 70 immer noch umstrittene Kilometer ausgeklammert wurden.<sup>69</sup>

Im August 1995 besuchte der kasachische Präsident Nasarbajew erneut die chinesische Hauptstadt. Auf der Tagesordnung standen diesmal vor allem Gespräche über engere politische und militärische Kontakte. Dabei ging es im wesentlichen um vertrauensbildende Maßnahmen sowie um die Reduzierung der Streitkräfte auf beiden Seiten der gemeinsamen Grenze. Die kasachische Regierung garantierte weiterhin, daß sie muslimischen Separatisten in Xinjiang keinerlei Unterstützung zukommen lassen werde.<sup>70</sup>

Im April 1996 unterzeichneten die Präsidenten Rußlands, Kasachstans, Kirgistans und Tadschikistans einerseits sowie China andererseits ein Abkommen über militärische Vertrauensbildung an ihren gemeinsamen Grenzen.<sup>71</sup> Die Staaten verpflichteten sich, daß die grenznah stationierten Truppen einander nicht angreifen und die grenznahen Manöver nicht mehr gegen den Nachbarn gerichtet werden. Weiterhin wurde vereinbart, militärische Aktivitäten im Grenzgebiet bekanntzugeben, gefährliche militärische Manöver ganz zu unterlassen und gegenseitig Beobachter zu den Manövern auszutauschen.<sup>72</sup> Speziell zwischen Moskau und Beijing wurde die Einrichtung eines "heißen Drahtes" vereinbart, es wurden regelmäßige gegenseitige Besuche beschlossen, und China sprach sich gegen die NATO-Ost-erweiterung aus.<sup>73</sup>

Das Abkommen wurde von allen anwesenden Staatschefs als epochales Ereignis für den Frieden und die Stabilität in Asien gepriesen und sogar als Wendepunkt in den sino-

russischen Beziehungen beschrieben. Dennoch sollte es nicht überbewertet werden, denn die heiklen Streitpunkte zwischen Rußland und China um den Grenzverlauf wurden ausgeklammert,<sup>74</sup> und es wurde lediglich der Verhandlungswille über Truppenreduzierungen an der gemeinsamen Grenze bekundet, ohne daß es zu konkreten Vorschlägen oder gar Ergebnissen kam.<sup>75</sup> Den beteiligten Staaten ging es bei der Verkündung einer "strategischen Partnerschaft" somit nicht um die Maximierung der Zusammenarbeit, sondern vielmehr um die Minimierung der Risiken.<sup>76</sup>

Neben den Differenzen über den Grenzverlauf gibt es auch immer wieder Reibungspunkte in bezug auf die chinesischen Atomtests in Lop Nor, das nahe an der Grenze zu Kasachstan gelegen ist. Besonders pikant war ein Test kurz vor dem Besuch des kasachischen Präsidenten in Beijing im Oktober 1993. China versicherte in diesem Zusammenhang zwar immer wieder, daß es keine territorialen Ansprüche gegenüber Kasachstan habe und auch keine Atomwaffen gegen das Land einsetzen würde, führte aber dessenungeachtet in den folgenden Jahren weitere Tests durch. Von kasachischer Seite werden neben den sicherheitspolitischen Bedenken gegen die Tests vor allem ökologische Gründe angeführt. Der Fallout der Atomtests gefährde die Bevölkerung und die Ökologie Kasachstans.<sup>77</sup>

Ein weiteres Problem für Kasachstan stellt der massive Zuzug chinesischer Siedler auf kasachisches Gebiet dar. So mehren sich Meldungen aus Kasachstan, daß befürchtet wird, die chinesische Regierung plane die Überflutung Kasachstans mit chinesischen Immigranten. Hinzu kommt, daß die chinesische Führung die Umsiedlung von 1,1 Mio. Kasachen in Xinjiang nach Kasachstan weiter hinauszögert, obwohl dies die kasachische Seite durchaus begrüßen würde.<sup>78</sup>

Trotz dieser Differenzen belegen die zahlreichen Staatsbesuche und Kontakte auf Regierungsebene den Willen beider Seiten, die Beziehungen zu verbessern. Daß die vielen wirtschaftlichen Kooperationsabkommen nicht zu einem größeren Handelsvolumen zwischen beiden Ländern geführt haben (vgl. Tabelle 7), liegt dabei sicherlich nicht am mangelnden Willen, sondern vielmehr an den schlechten Verkehrsverbindungen zwischen beiden Ländern. Nicht zuletzt deshalb stand die Verbesserung der Verkehrswege immer wieder im Mittelpunkt der Gespräche.<sup>79</sup> Einer der wichtigsten Gründe für die engen und zahlreichen Kontakte sind jedoch die über 1 Mio. Kasachen in Xinjiang und die in Kasachstan lebenden 200.000 Uighuren, die zum Sammelbecken und Katalysator antichinesischer separatistischer Kräfte in Xinjiang werden könnten. Deshalb ist insbesondere der chinesischen Führung daran gelegen, die Kontakte zu Kasachstan stetig zu verbessern und zu intensivieren und sich von kasachischer Seite versichern zu lassen, daß antichinesische Kräfte in Kasachstan kein Gehör finden würden.<sup>80</sup>

### *Kirgistan*

Auch beim ersten Staatsbesuch des kirgisischen Präsidenten Akajew und seines Premiers Tschyngyschew im Mai 1992 in China wurden zahlreiche wirtschaftliche Kooperationsabkommen unterzeichnet, ein Kredit Chinas an Kirgistan vereinbart und über die gemeinsame Grenze verhandelt. Bei der Gegenvisite des chinesischen Außenministers

Tabelle 7: Ex- und Importe der zentralasiatischen Republiken in und von ausgewählten Ländern

	Kasachstan		Kirgistan		Usbekistan		Tadschikistan		Turkmenistan	
	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im
<b>Gesamt (in Mio.US\$)</b>	<b>2.712</b>	<b>4.234</b>	<b>116</b>	<b>105</b>	<b>1.693</b>	<b>1.815</b>	<b>311</b>	<b>275</b>	<b>543</b>	<b>764</b>
China	6,60%	3,60%	48,30%	10,50%	4,40%	3,10%	0,60%	0,40%	1,30%	0,50%
Rußland	67,56%	59,40%	....	....	45,70%	47,60%	26,40%	57,50%	10,10%	16,10%
Türkei	1,70%	3,80%	....	14,30%	2,90%	4,50%	0,60%	4,00%	10,10%	22,10%
Iran	....	....	....	1%	....	....	....	....	....	....
Ind. Länder	17,70%	28,20%	39,70%	56,20%	36,40%	39,30%	63,30%	30,20%	40,00%	51,70%

(Quelle: IMF, *Directions of Trade Statistics, Yearbook 1995*, Washington, 1995, S. 266, 274, 409, 426, 441)

Qian Qichen im November desselben Jahres und dem Besuch Li Pengs im April 1994 in Kirgistan standen ebenfalls wirtschaftliche Themen im Vordergrund.<sup>81</sup> Im März 1995 kam es zu einer Städtepartnerschaft zwischen Beijing und der kirgisischen Hauptstadt Bischkek,<sup>82</sup> und im Oktober 1995 besuchte der kirgisische Premierminister die chinesische Hauptstadt, um mit seinem Kollegen Li Peng und dem chinesischen Präsidenten Jiang Zemin zusammenzutreffen. Der kirgisische Premier hob insbesondere die wirtschaftliche Bedeutung Chinas für sein Land hervor, denn China sei mittlerweile der wichtigste Handelspartner Kirgistans.<sup>83</sup> Schließlich haben sich im November 1995 auch die Verteidigungsminister beider Länder getroffen, um neben den engen wirtschaftlichen Kontakten auch die Kooperation zwischen beiden Armeen zu verstärken.<sup>84</sup> Ebenso wie Kasachstan unterzeichnete auch Kirgistan mit China 1996 einen Vertrag über militärische Vertrauensbildung an der gemeinsamen Grenze (s.o.).

Ansonsten belasten das kirgisisch-chinesische Verhältnis ähnliche Probleme wie das kasachisch-chinesische. Kirgistan mißbilligt die chinesischen Atomtests in Lop Nor und betrachtet mit Sorge die Landnahme chinesischer Siedler in der Grenzregion. China seinerseits ist darauf bedacht, daß Kirgistan zusichert, daß es auf seinem Territorium keine gegen China gerichteten Aktivitäten duldet, was Kirgistan auch immer wieder beteuert.<sup>85</sup> Interessant an den kirgisisch-chinesischen Beziehungen ist vor allem der intensive Warenaustausch zwischen beiden Ländern. So hat Kirgistan im Vergleich zu den anderen zentralasiatischen Republiken zwar nur ein sehr geringes Außenhandelsvolumen, China ist jedoch mit einem Anteil von knapp einem Drittel am gesamten kirgisischen Handelsvolumen einer der wichtigsten Handelspartner Kirgistans (vgl. Tabelle 7).

#### Usbekistan

Der usbekische Präsident Karimow war der erste Präsident eines GUS-Staates, der China einen Besuch abstattete. Bei seinem Staatsbesuch in Beijing im März 1992 traf er mit dem damaligen Präsidenten Chinas, Yang Shangkun, und dem Premier Li Peng zusammen. Bei den Treffen wurden zahlreiche Abkommen getroffen, insbesondere in den Bereichen der wirtschaftlichen und technischen Kooperation und dem Ausbau der Verkehrswege zwischen beiden Ländern. Im November desselben Jahres besuchte der chinesische Außenminister Qian Qichen Usbekistan, und Mitte Dezember besuchte sein Amtskollege Saidkassymow die Volksrepublik. Bei den Treffen standen stets das gemeinsame Anliegen nach Stabilität in der zentralasiatischen Region im Vordergrund sowie der Ausbau der wirtschaft-

lichen Zusammenarbeit. Gleiches gilt für den Besuch Li Pengs im April 1994 in Usbekistan.<sup>86</sup> Ebenso wie mit Kasachstan hat der chinesisch-usbekische Handel trotz diverser Abkommen und Absichtserklärungen noch keine nennenswerten Ausmaße angenommen (vgl. Tabelle 7), was zum Teil sicherlich am Fehlen einer gemeinsamen Grenze liegt.

#### Tadschikistan

Tadschikistan war das einzige zentralasiatische Land, welches kurz nach der Erlangung seiner Unabhängigkeit, also im Verlauf von 1992, kein Staatsoberhaupt nach China entsandte. Erst im März 1993 reiste der damalige Vorsitzende des Obersten Sowjets der Republik Tadschikistan, Imomali Rachmonow, der seit 1994 Präsident Tadschikistans ist, nach Beijing. Über den Inhalt der Gespräche wurde wenig bekannt, außer den üblichen Verlautbarungen des gegenseitigen Respekts und der Bedeutung der gemeinsamen Beziehungen. Neben einer Gemeinsamen Erklärung über die Grundprinzipien der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden einige Abkommen in den Bereichen Verkehr, Wirtschaft und Kommunikation geschlossen.<sup>87</sup>

Daß der chinesische Ministerpräsident Li Peng bei seiner Reise in die zentralasiatischen Republiken im April 1994 nur das vom Bürgerkrieg erschütterte Tadschikistan nicht besuchte, verdeutlicht, wie sehr Beijing den anhaltenden Konflikt mit Mißbehagen betrachtet. Oberste Priorität für die chinesische Politik in Zentralasien ist Stabilität, Aufrechterhaltung des Status quo und die Unterdrückung separatistischer und islamistischer Kräfte. Durch den anhaltenden Bürgerkrieg und die Auseinandersetzungen an der Grenze zu Afghanistan werden diese Ziele jedoch gefährdet. Das Unbehagen Beijings spiegelt sich jedoch nicht nur in den geringen Kontakten auf Regierungsebene wider, sondern auch im chinesisch-tadschikischen Handel (vgl. Tabelle 7). An dem ohnehin schon geringen Handelsvolumen Tadschikistans hat China einen verschwindend kleinen Anteil von nicht einmal einem Prozent. Auch Tadschikistan unterzeichnete im April 1996 in Schanghai ein Abkommen über militärische Vertrauensbildung mit China (s.o.).

#### Turkmenistan

Der Präsident von Turkmenistan, Nijasow, hielt sich im November 1992 zu einem Staatsbesuch in Beijing auf und wurde von Yang Shangkun und Li Peng empfangen. Neben den wirtschaftlichen Themen stand der Wunsch nach

Stabilität in Zentralasien im Mittelpunkt der Gespräche. Es wurden ein Gemeinsames Kommuniqué und einige Dokumente über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Ebenso bekundete China sein Interesse an turkmenischen Erdgaslieferungen, und es wurde in diesem Zusammenhang die chinesische Beteiligung am Bau einer Erdgaspipeline diskutiert.<sup>88</sup>

Ging es bei den damaligen Gesprächen über eine Erdgaspipeline noch um eine chinesische Beteiligung an einer Pipeline von Turkmenistan nach Afghanistan und Pakistan, wurde bei dem Besuch Li Pengs 1994 in Turkmenistan bereits die Möglichkeit einer Pipeline durch Xinjiang zur chinesischen Ostküste diskutiert. Außerdem wurden bei der Visite Li Pengs erneut wirtschaftliche Kooperationsmaßnahmen beschlossen.<sup>89</sup>

Im Oktober 1995 gab die turkmenische Regierung bekannt, daß sie durch den Bau von insgesamt drei transkontinentalen Gaspipelines die Exportwege von turkmenischem Gas zu diversifizieren gedenke. Allerdings sei Turkmenistan darauf bedacht, die russischen Interessen nicht zu verletzen. Eine Pipeline soll über den Iran und die Türkei nach Westeuropa laufen, eine andere über Afghanistan nach Pakistan und eine dritte nach China und Japan. Die Pipeline nach China und Japan habe eine Gesamtlänge von 6.850 Kilometern und koste 9,5 Mrd. US\$.<sup>90</sup> Mit dem Bau der ersten Pipeline wurde schon begonnen, inwieweit sich die anderen Routen realisieren lassen, bleibt abzuwarten.

Der Handel zwischen China und Turkmenistan ist marginal, was sicherlich zum Großteil auf die geographische Distanz und die schlechten Verkehrswege zwischen beiden Ländern zurückzuführen ist (vgl. Tabelle 7).

### 2.3 Die chinesischen Interessen in Zentralasien

Aufgrund der nationalen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen liegt es für China auf der Hand, die Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken zu intensivieren, denn es ist in erster Linie die Autonome Region Xinjiang, die durch den Handel mit den Republiken Zentralasiens profitiert. Gaye Christoffersen spricht in diesem Zusammenhang von der Strategie Beijings der "Great International Circles", welche die chinesische Wirtschaft in den Welthandel integrieren, für prosperierende und friedliche Beziehungen und Diversifizierung des Handels sorgen soll, um China von einzelnen Wirtschaftsmächten unabhängiger zu machen.<sup>91</sup> Diese Strategie hat insbesondere die prosperierenden Küstenregionen mit neuen Machtkompetenzen ausgestattet, da sie die zentrale Gewalt durch transnationale wirtschaftliche und politische Beziehungen umgehen und somit selbständiger agieren können. Christofferson kommt in seiner Studie über Xinjiangs wirtschaftliche Öffnung zu dem Schluß, daß die Provinzführung in Xinjiang durch den Handel mit den Ländern Zentralasiens eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber der Zentrale erlangt hat, was sich insbesondere im Achten Fünfjahresplan (1991-1995) manifestierte, der Xinjiang in der wirtschaftlichen Entwicklung besondere Priorität einräumte. Die Provinzen sind durch ihre außenwirtschaftlichen Kontakte in wirtschaftlichen Angelegenheiten unabhängiger von der Zentrale geworden, wodurch sie ihre Forderungen vehementer durchsetzen konnten.

Die Priorität, die Xinjiang im Achten Fünfjahresplan erhalten hat, liegt jedoch sicherlich nicht allein an der stärkeren Verhandlungsposition der Provinzführung gegenüber der Zentralregierung. Viel wichtiger erscheinen dem Autor die sicherheitspolitische Relevanz der Region Xinjiang und die dort vorhandenen Unruhepotentiale durch die autochthonen Minderheiten. Verstärktes wirtschaftliches Wachstum in der Region Xinjiang soll den Separationsbestrebungen den Wind aus den Segeln nehmen und gleichzeitig die Autonome Region stärker an China anbinden. Ein erfolgreiches Xinjiang soll als Vorbild und Modell für die Minderheiten und die angrenzenden Republiken dienen. Die Ressourcen der Region, ihre strategische Bedeutung als Tor nach Zentralasien und den Nahen Osten sowie ihre strategische Pufferfunktion für Zentralchina machen die Autonome Region Xinjiang unverzichtbar für die Machthaber in Beijing.

Unstrittig ist, daß vor allem Xinjiang von den Handelsbeziehungen zu den neuen zentralasiatischen Republiken profitiert. Gemessen am gesamten chinesischen Handelsvolumen, ist der Handel mit Zentralasien vernachlässigenswert, seine Bedeutung für die grenznahen Gebiete ist jedoch nicht zu unterschätzen. Der Anteil des Außenhandels von Xinjiang am gesamten chinesischen Außenhandel beträgt lediglich 0,4 Prozent, 1993 hatte er ein Gesamtvolumen von 912 Mio. US\$, wovon 570 Mio. US\$ auf den Grenzhandel mit den zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan entfielen, also über die Hälfte. Der Anteil des Grenzhandels am gesamten Außenhandel der Autonomen Region Xinjiang ist von 1991 bis 1993 kontinuierlich gestiegen. 1991 betrug er 20 Prozent, 1992 42,7 Prozent und 1993 63,3 Prozent am Außenhandel. Außerdem ist der Grenzhandel wesentlich schneller gestiegen als der gesamte Außenhandel Xinjiangs. So ist beispielsweise 1993 der Grenzhandel im Vergleich zu 1992 um 82 Prozent gestiegen, während der gesamte Außenhandel nur 30,6 Prozent gestiegen ist.<sup>92</sup> Durch den Aufbau von wirtschaftlichen Erschließungszonen sowie Wirtschaftskooperationszonen an der Grenze, für die steuerliche Vorteile gewährt werden, konnten in den letzten Jahren auch verstärkt ausländische Investoren nach Xinjiang gelockt werden.<sup>93</sup>

Die Analyse der Beziehungen Chinas zu den zentralasiatischen Republiken hat gezeigt, daß die Kontakte zu den direkt an China angrenzenden Republiken am intensivsten sind, obwohl es hier auch die meisten Probleme gibt. Die chinesischen Atomtests und die Infiltration chinesischer Siedler in die kasachischen und kirgisischen Grenzgebiete konnte nicht verhindern, daß die chinesischen Beziehungen zu diesen beiden Staaten intensiver und besser sind als zu Usbekistan und Turkmenistan. Die gemeinsamen Grenzen, insbesondere die 1.700 Kilometer lange chinesisch-kasachische Grenze, haben Kirgistan und Kasachstan einerseits und China andererseits immer wieder an einen Tisch gebracht, um die Stabilität in der Region zu festigen. Außerdem wurde besonders Beijing aufgrund der in Xinjiang lebenden Kasachen, Tadschiken und Kirgisen besonders dazu motiviert, den Dialog mit den Nachbarländern zu suchen. Ferner gelten die in Kasachstan lebenden Uiguren als Sammelbecken antichinesischer Kräfte (s.o.). Beide Seiten haben daher stets beteuert, daß sie auf ihrem Territorium keine Agitation oder Bewegungen gegen die andere Seite dulden und diese bei ihrem Aufkommen sofort unterdrücken würden. Als logische Konsequenz der

intensiven Beziehungen sind auch die Handelsbeziehungen Chinas mit Kasachstan und Kirgistan am intensivsten (vgl. Tabelle 7). Trotz der gemeinsamen Grenze der Volksrepublik mit Tadschikistan haben sich zwischen beiden Staaten aufgrund des anhaltenden Bürgerkrieges in Tadschikistan noch keine nennenswerten wirtschaftlichen und politischen Kontakte ergeben.

Die Bemühungen Beijings um vorteilhafte Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken unterstreicht die sicherheitspolitische Relevanz der Autonomen Region Xinjiang. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Unterzeichnung eines Grenzvertrages zwischen China einerseits und Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Rußland andererseits, auch wenn dieser mehr Absichtserklärungen enthielt als konkrete Maßnahmen (s.o.). Stabile politische Verhältnisse in den neuen Republiken und gute Beziehungen zwischen China und Zentralasien sind wichtig für die strategischen und wirtschaftlichen Interessen Beijings in Xinjiang. Neben China verfolgen jedoch noch andere Mächte ihre Interessen in Zentralasien. Ihre Motivation und ihr Einfluß sollen im nun folgenden Abschnitt analysiert werden.

### 3 Das Ringen der Anrainerstaaten um Einfluß in Zentralasien

#### 3.1 Die Türkei: Beste Ausgangslage durch gemeinsame Sprache?

Nach dem Kollaps der Sowjetunion wurde die Türkei als wesentlicher Akteur im zukünftigen zentralasiatischen Machtgefüge angesehen. Die traditionelle Verbindung der Türkei mit den Turkvölkern der zentralasiatischen Staaten galt als Garant für eine künftige enge Bindung. Insbesondere die westlichen Staaten favorisierten die Türkei (als NATO-Mitglied!) mit ihrer demokratisch-säkularen Regierungsform als Bollwerk gegen den möglichen Einfluß des islamisch-fundamentalistischen Mullah-Regimes im Iran.<sup>94</sup>

Bereits im Frühjahr 1992 reisten hohe türkische Regierungsmitglieder durch die neu entstandenen zentralasiatischen Republiken und wurden aufgrund ihrer zahlreichen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen und Kredite begeistert empfangen. Die Türkei stellte für die zentralasiatischen Staaten ein ideales Bindeglied zur Außenwelt dar, insbesondere zu den westlichen Industrienationen. Um die wirtschaftliche Integration der Turkvölker voranzubringen, wurde 1992 die sich lange im Dornröschenschlaf befindliche Economic Cooperation Organisation (ECO) von der Türkei zu neuem Leben erweckt. Dieser Suborganisation der Central Treaty Organisation (CENTO) gehören neben der Türkei und den zentralasiatischen Staaten auch der Iran, Pakistan und Afghanistan an. Der anfängliche Enthusiasmus wurde jedoch bereits auf dem Gipfeltreffen der türkischsprechenden Nationen in Ankara Ende 1992 gedämpft, nachdem die Republiken Zentralasiens, insbesondere Kasachstan, den türkischen Integrationsplänen eine klare Absage erteilt hatten. Zum einen waren die Führer der zentralasiatischen Republiken kurz nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit nicht bereit, sich erneut in den Zenit einer möglichen dominanten Macht zu begeben, und zum anderen wollte man auch weiterhin auf die Interessen Moskaus Rücksicht nehmen.<sup>95</sup> Hinzu kommt, daß sich die Regierungen in den neuen Republiken zum Großteil aus der alten kommunistischen Nomenklatura rekrutierten, so daß ein zu großes Aufkommen des Pantürkismus auch die herrschende Elite in Frage gestellt hätte.

Auch beim bislang letzten Gipfeltreffen der Türkrepubliken im kirgisischen Bischkek im August 1995 konnte die politische Integration der türkischsprachigen Länder nicht vertieft werden, es wurden lediglich Deklarationen zwischen der Türkei und den zentralasiatischen Republiken zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet. Insbesondere Usbekistan hatte gedroht, künftigen Treffen nicht mehr beizuwohnen, wenn diese politischen Charakter annähmen. In der Abschlusserklärung nahmen die zentralasiatischen Republiken Rücksicht auf Moskau, indem sie explizit erklärten, daß sie ihre Beziehungen ausbauen wollen, "ohne ihre gegenwärtigen internationalen Verpflichtungen zu unterminieren".<sup>96</sup> Die anfängliche Unabhängigkeitseuphorie scheint damit den politischen Realitäten gewichen zu sein. Die zentralasiatischen Republiken sind wirtschaftlich immer noch von Rußland abhängig und wollen ihre Beziehungen zu Moskau nicht gefährden.

Dennoch sollte der Einfluß der Türkei in der Region nicht unterschätzt werden; er wird unter anderem durch den Handel der Türkei mit den zentralasiatischen Republiken belegt (vgl. Tabelle 7). Hinzu kommt die große Anzahl von zentralasiatischen Studenten, die an türkischen Universitäten und Militärakademien unterrichtet werden, wodurch die Türkei ein großes Maß an Einfluß auf die Region gewinnt.<sup>97</sup> Zentral ist jedoch die natürliche kulturelle und sprachliche Verbindung der Türkei zu Zentralasien, wodurch wirtschaftliche und politische Kontakte per se erleichtert werden. Zentralasiatische Haushalte empfangen türkische Fernsehprogramme via Satellit, türkische Geschäftsleute können in den Republiken in ihrer Muttersprache verhandeln und Verträge abschließen.

#### 3.2 Der Iran: Gefahr durch den islamischen Fundamentalismus?

Im Gegensatz zu den guten Ausgangsbedingungen der Türkei im Machtspiel um Einfluß in Zentralasien hatte es der Iran ungleich schwerer.<sup>98</sup> Erstens wurde er von den westlichen Industrieländern als Gefahr für die politische Stabilität der jungen zentralasiatischen Republiken angesehen. Der Westen, aber auch Rußland und China befürchteten, daß Teheran den islamischen Fundamentalismus nach Zentralasien exportieren könne. Zweitens sahen die neuen (alten) Führungseliten der Republiken in dem islamisch-fundamentalistischen Regime in Teheran eine Bedrohung ihrer eigenen Machtstellung. Die auf innenpolitische Stabilität bedachten zentralasiatischen Führer wollten das Aufkommen islamisch-fundamentalistischer Kräfte mit allen Mitteln verhindern, da dies nicht nur Instabilität zur Folge hätte, sondern auch ihre eigene politische Legitimation als säkulare und exkommunistische Regierungschefs untergraben würde. Verstärkt wurde die Perzeption der Bedrohung aus dem Iran durch die iranische Unterstützung der islamischen Fundamentalisten im tadschikischen Bürgerkrieg.<sup>99</sup>

Doch die ablehnende Haltung der zentralasiatischen Regierungen gegenüber dem Iran wurde schnell durch Pragmatismus ersetzt. Die gemeinsame Grenze zwischen dem Iran und Turkmenistan hat als erstes den turkmenischen Präsidenten Najasow dazu veranlaßt, Kontakte zum Iran aufzunehmen. Durch die Abhängigkeit von russischen Pipelines wollte sich die turkmenische Regierung die Option Iran offenhalten, um in Zukunft Erdgas in verschiedene Märkte

exportieren zu können.<sup>100</sup> Auch in den anderen Ländern setzte ein Umdenken ein, nachdem erkannt wurde, daß sich der Iran in der islamischen Agitation in Zentralasien sehr moderat verhielt und insgesamt eher pragmatisch als ideologisch agiert. Die wirtschaftliche Bedeutung des Iran, insbesondere für die zentralasiatischen Anrainer des Kaspischen Meeres, ist nicht unerheblich. Erstens hat der Iran im Streit um die Exploitation der Ressourcen des Kaspischen Meeres eine gewichtige Stimme, und zweitens ist er als alternative Exportroute für die zentralasiatischen Gas- und Ölvorkommen interessant.

Trotz dieses pragmatischen Ansatzes wird in der zentralasiatischen Führungselite nach wie vor ein gewisses Mißtrauen gegenüber dem Iran bestehen bleiben, denn die Gefahr der Instabilität durch islamischen Fundamentalismus und das Aufkommen tadschikischer Verhältnisse wird als große Gefahr angesehen. Beispielsweise haben sich die Staatschefs der Turkrepubliken bei ihrem Gipfeltreffen in Bischkek auf ein laizistisches Modell des Islam geeinigt, was indirekt eine gewisse Distanzierung von dem politisch-religiösen System des Iran bedeutet.<sup>101</sup> Dadurch ist auch zu erklären, warum zwischen dem Iran und Zentralasien kaum Handelsbeziehungen bestehen (vgl. Tabelle 7). Es scheint den Ländern Zentralasiens in erster Linie darum zu gehen, sich die Tür zum Iran offenzuhalten, insbesondere den Zugang zum Meer, ohne zu große Interdependenzbeziehungen einzugehen.<sup>102</sup>

Die Gefahr eines latenten islamischen Fundamentalismus in Zentralasien sollte nicht überbewertet werden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion gab es vor allem im Westen die Vorstellung, daß sich die jungen Republiken zwischen einem säkularen türkischen oder einem fundamentalistischen iranischen Weg entscheiden würden. Dies liegt zum Teil an der mangelnden Information über Mitglieder und Strukturen des Islam in Zentralasien, aber auch an der Annahme, daß in Zentralasien ein grenzübergreifender homogener islamischer Glaube vorhanden ist. In den zentralasiatischen Staaten findet durch den Islam jedoch nicht nur eine konfessionelle, sondern auch eine ethnokulturelle Zuordnung und Identifizierung statt. Der Islam dient zur Abgrenzung und als Quelle für die Nationen- und Staatsbildung der jungen Republiken. So wurden zum Beispiel in Usbekistan zahlreiche islamische Symbole für die staatliche Identität "nationalisiert".<sup>103</sup>

Weiterhin ist es wichtig, zwischen den verschiedenen Ausprägungen des Islam zu differenzieren, wie beispielsweise zwischen dem Hoch- und Volksislam, dem traditionellen und reformatorischen Islam, dem mystischen und orthodoxen Islam oder schließlich zwischen dem politischen und unpolitischen Islam. Als Bedrohung wird in der Regel nur der fundamentalistische Islam angesehen, dessen wesentliche Merkmale die folgenden sind: Gottessouveränität, also eine Theokratie, das Recht der Schari'a, der traditionellen islamischen Rechtsprechung, Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung politischer und somit religiöser Ziele, Traditionalität und Konservatismus.<sup>104</sup>

Daß der fundamentalistische Islam in Zentralasien größeren Zulauf findet, wird von Beobachtern als eher unwahrscheinlich angesehen. Sowohl in den Eliten als auch in der breiten Bevölkerung sind nach Uwe Halbach keine Anzeichen zu finden, daß ein Gemeinwesen akzeptiert werde, dessen staatliches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System ausschließlich auf islamischen Grundlagen und den Normen der Schari'a beruht.<sup>105</sup>

Eine Umfrage unter den jungen Altersgruppen Zentralasiens hat ergeben, daß die USA, Japan und Europa in der außenpolitischen Orientierung die größte Präferenz erhalten, während die muslimischen Länder, die Türkei und Rußland weniger erwünscht sind. Lediglich unter den älteren Bevölkerungsgruppen rangiert Rußland auf Platz eins. Die größte außenpolitische Distanz wird zu Pakistan, Afghanistan und zum Iran gewünscht, prinzipiell wird der Islam oder der Pantürkismus nicht als Hauptquelle der außenpolitischen Identifikation angesehen.<sup>106</sup>

Eine Ausbreitung des radikalen Islamismus in Zentralasien scheint also unwahrscheinlich, denn auch die panislamische Integration ist bislang nicht geglückt. Die 1990 unionsweit gegründete Islamische Partei der Wiedergeburt ist als grenzübergreifende Partei gescheitert und nur noch in einigen Republiken aktiv. Die Säkularisierung nach über 70 Jahren kommunistischer Herrschaft und die momentanen politischen Machtverhältnisse sprechen gegen eine Islamisierung der Region. Typische Merkmale des Fundamentalismus, wie zum Beispiel Feindlichkeit gegenüber den westlichen Staaten, sind nicht vorhanden.<sup>107</sup>

Und dennoch, die Radikalisierung des Islam in Zentralasien kann nicht ausgeschlossen werden. Soziales Elend, mangelnde Zukunftsperspektiven, politische und religiöse Repression sowie Wirtschaftskrisen bilden den Nährboden für fundamentalistische Tendenzen in der Region. Islamischer Fundamentalismus gibt einfache Antworten auf schwierige Probleme. Nicht umsonst fürchten die politischen Eliten in Zentralasien weniger außenpolitische Bedrohungen, sondern vielmehr innenpolitische Instabilität durch religiöse und ethnische Konflikte. Daher wird die wirtschaftliche Entwicklung als zentrales Sicherheitsinteresse perzipiert, denn ohne wirtschaftliche Stabilität scheint die politische Stabilität ausgeschlossen.<sup>108</sup>

Ein Vergleich der Ausgangsbedingungen der Türkei und des Iran um Einflußnahme in Zentralasien verdeutlicht, daß die Türkei wesentlich bessere Voraussetzungen für gute Beziehungen zu den neuen Staaten hat. Beide Länder haben zwar die geographische Nähe zu Zentralasien, die Türkei hat jedoch zusätzlich historische, ethnische, sprachliche (zwei Drittel der zentralasiatischen Bevölkerung sprechen Türkisch) und vor allem auch religiöse Verbindungen zu der Region, denn die meisten Muslime in Zentralasien sind wie die Türken Sunniten und keine Schiiten wie im Iran. Auch für die Eliten ist die Türkei als Tor zum Westen und als säkularer Staat wesentlich attraktiver als der Iran.<sup>109</sup>

Trotzdem bleibt auch die Türkei nur ein zweitrangiger Akteur in Zentralasien, denn die wichtigste Macht in der Region ist immer noch Rußland.

### 3.3 Rußland: Dominante Macht in Zentralasien?

Nach Angaben des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche konnte Rußland seine dominante Position innerhalb der GUS stetig ausbauen.<sup>110</sup> Es ist mittlerweile ein Fast-Monopolist bei der Versorgung der Region mit Erdöl und Gas, denn alle gas- und erdölproduzierenden Länder der GUS sind auf das russische Pipeline-netz angewiesen. Weil große ausländische Investitionen bislang ausblieben, wurden keine neuen Pipelines aus Zen-

tralasien in Richtung Europa oder Nahost gebaut.<sup>111</sup> Ferner müssen beispielsweise 60 Prozent aller Nahrungsmittel in Turkmenistan aus Rußland importiert werden.<sup>112</sup>

Nach der anfänglichen Euphorie über ihre Unabhängigkeit haben die zentralasiatischen Staaten mittlerweile erkannt, daß sie sich kurz- und mittelfristig nicht aus der Abhängigkeit von Moskau lösen können. Das Internationale Stockholmer Institut für Friedensforschung geht sogar so weit zu behaupten, daß die Stimmung "even to some nostalgia about the stability and relative well-being of the Soviet time" umgeschlagen sei.<sup>113</sup> Der kasachische Präsident Nasarbajew machte 1994 den Vorschlag, eine Art "Euro-Asiatische Union" zu gründen, der alle GUS-Staaten angehören sollten. Im Oktober 1994 wurde ein "Interstate Economic Committee of the Economic Union" gegründet, das jedoch kaum eine Rolle spielt, da keines der GUS-Länder Kompetenzen an diese Institution abgeben wollte. Unter diesen Bedingungen bleibt es auch fraglich, ob die GUS-Staaten, wie geplant, bis 1998 eine Zollunion bilden werden, der bislang lediglich Rußland, Weißrußland und Kasachstan angehören.<sup>114</sup>

Auf dem Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der GUS-Staaten in Minsk im Mai 1995 einigten sich sieben Länder - darunter auch Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan - auf den gemeinsamen Schutz ihrer Grenzen, was de facto auf die Stationierung russischer Truppen hinausläuft. Usbekistan und Turkmenistan äußerten Bedenken gegen eine enge militärische Zusammenarbeit.<sup>115</sup> Kasachstan, auf dessen Territorium bereits russische Truppen stationiert sind, hatte zusätzlich bereits einige Monate zuvor den Aufbau gemeinsamer Streitkräfte mit Rußland beschlossen. Außerdem sind russische Streitkräfte an der Überwachung der kirgisischen Grenze zu China und der turkmenischen Grenze zum Iran beteiligt. Nicht zu vergessen ist die russische Truppenpräsenz in Tadschikistan, der letztlich der tadschikische Präsident Rachmonow seine Macht verdankt. Offiziell handelt es sich bei den ausländischen Truppen in Tadschikistan zwar um ein Aufgebot der GUS-Staaten, der Anteil von Nichtrussen an diesen Streitkräften ist jedoch lediglich symbolischer Natur.<sup>116</sup>

Es zeigt sich somit, zumindest am Beispiel Zentralasiens, daß Rußland das Territorium der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten als sein natürliches Einflußgebiet betrachtet und dies nicht nur verbal verkündet, sondern auch in die Tat umsetzt.<sup>117</sup> Es wurde bereits bei der innenpolitischen Analyse der zentralasiatischen Republiken darauf hingewiesen, daß die im Ausland lebenden Russen als Legitimation für die Einflußnahme Moskaus in den entsprechenden Ländern dienen. Der Schutz der russischen Minderheiten dürfte jedoch nur ein Vorwand Rußlands sein, um die strategischen und wirtschaftlichen Interessen Rußlands in Zentralasien zu legitimieren und zu behaupten.

### 3.4 Der Poker um das zentralasiatische Öl und die Rolle der USA

"Es geht um das Geschäft des kommenden Jahrhunderts. Einer der größten Schätze der Erde soll gehoben werden: das zentralasiatische Öl und Gas", so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.<sup>118</sup> Nach Angaben der Weltbank sind in den Nachfolgestaaten der UdSSR sechs Prozent der weltweiten Ölreserven und 40 Prozent der Gasreserven bereits

nachgewiesen, die tatsächliche Menge wird jedoch wesentlich höher vermutet.<sup>119</sup> Unter dem Kaspischen Meer und seiner Umgebung sind allein 40 Mrd. Barrel Öl vorhanden, das gesamte Vorkommen wird auf 100 bis 200 Mrd. Barrel Öl geschätzt. Beispielsweise hat Kuwait zum Vergleich 97 Mrd. Barrel nachgewiesene Ölreserven, wobei hier kaum neue Ölfelder vermutet werden.<sup>120</sup> Die Öl- und Gasreserven in Zentralasien scheinen also immens zu sein, genaue Zahlen gibt es jedoch noch nicht.

Im Ölpoker in Zentralasien mischen neben den Anrainerstaaten Rußland, Türkei und Iran auch die Vereinigten Staaten im großen Stil mit, denn ohne das Investitionskapital der Amerikaner ist die Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen kaum denkbar. Die amerikanischen Konzerne Chevron und Mobil haben Anteile an der Erschließung eines der größten Ölfelder der Welt in Kasachstan nahe des Kaspischen Meeres. Die Investitionskosten werden auf 20 Mrd. US\$ veranschlagt.<sup>121</sup> Die in Los Angeles beheimatete Unocal will sich mit 3 Mrd. US\$ an einer Pipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan beteiligen.<sup>122</sup>

Ebenso haben amerikanische Firmen einen Anteil von 44 Prozent an einem internationalem Konsortium, das drei Offshore-Ölfelder in Aserbeidschan mit einem Investitionsvolumen von 7,4 Mrd. US\$ erschließen will. Neben vier amerikanischen sind fünf weitere westliche Erdölkonzerne sowie das russische Unternehmen Lukoil vertreten. Insbesondere der Transport des Erdöls war zwischen den verhandelnden Akteuren sehr umstritten. Moskau bestand auf dem Transport des Erdöls durch die bereits vorhandenen russischen Pipelines, während die Türkei und die USA eine Route durch Aserbeidschan, Georgien und die Türkei befürworteten. Man einigte sich schließlich auf einen Kompromiß und wird das Öl künftig auf beiden Routen transportieren.<sup>123</sup>

An diesem Beispiel werden die Interessenkollision der beteiligten Mächte und die Ohnmacht der zentralasiatischen Staaten besonders deutlich. Nach dem Ende der Sowjetunion und der russisch-amerikanischen Entspannung wurden zunächst kühne Pläne zur Ausbeutung des zentralasiatischen Öls geschmiedet. Sehr schnell stellte sich jedoch heraus, daß Rußland seine Monopolstellung in der Ausbeutung der Ölreserven in Zentralasien nicht ohne Gegenwehr abgeben würde. Die Türkei ist in diesem Ölpoker der Vertreter der westlichen Interessen und wird vor allem durch die USA unterstützt. Der Iran suchte eine Annäherung an Rußland, um nicht vollkommen von den westlichen Interessen überrannt zu werden. Die zentralasiatischen Republiken stehen vor dem Dilemma, daß sie einerseits die Interessen Rußlands berücksichtigen müssen - die wirtschaftliche Interdependenz der zentralasiatischen Republiken mit Rußland und die militärische Präsenz der Russen in Zentralasien ermöglichen es Moskau, enormen Druck auf die neuen Republiken auszuüben (s.o.) - und andererseits auf die ausländischen Investitionen zur Erschließung ihrer Rohstoffe angewiesen sind.

Neben den USA, Rußland, der Türkei und dem Iran gibt es noch weitere Akteure, die Einfluß in Zentralasien suchen. Zu nennen wären hier beispielsweise Pakistan und Afghanistan, wobei gerade Afghanistan für die neuen Führer der zentralasiatischen Republiken eher abschreckend wirkt aufgrund des anhaltenden Bürgerkrieges und der

Rolle Afghanistans im tadschikischen Bürgerkrieg. Die Befreiung Afghanistans von der sowjetischen Besatzung wird zwar positiv gewertet, die anschließende Entmachtung der exkommunistischen lokalen Elite wird jedoch verständlicherweise als bedenklich aufgefaßt.<sup>124</sup> Beide Staaten haben jedoch kaum Einfluß in Zentralasien, da ihre innenpolitischen Probleme und ihre wirtschaftliche Schwäche ein größeres Engagement in der Region verhindern.

#### 4 Fazit

Am Ringen um die Ausbeutung der zentralasiatischen Rohstoffe wird die relativ unbedeutende Rolle Chinas in der Region deutlich. Keines der an die Region angrenzenden Länder kann die zentralasiatischen Republiken mit dem nötigen Know-how und Kapital versorgen, das sie zur Erschließung ihrer Rohstoffvorkommen brauchen. Die Türkei hat große innenpolitische Probleme und ist wirtschaftlich geschwächt, gleiches gilt für den Iran, der aufgrund der internationalen Isolation und der binnenwirtschaftlichen Mißstände ebensowenig in der Lage ist, die für Zentralasien notwendigen großen Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen. Ähnlich verhält es sich in China und Rußland, die beide selbst große Kreditnehmer der internationalen Gebergemeinschaft sind und enorme innenpolitische und wirtschaftliche Probleme haben. Lediglich Rußland kann durch das sowjetische Erbe großen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck auf die zentralasiatischen Länder ausüben, während China, Iran und die Türkei durch ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme auch in Zukunft wenig Einfluß gewinnen werden.

Die Rivalität zwischen der Türkei als Förderer der pantürkischen Idee sowie als Vertreter des Westens und dem Iran als Agitator für den islamischen Fundamentalismus im Ringen um Einfluß in Zentralasien ist zwar im Interesse Chinas, doch China konnte durch diese Rivalität keine nennenswerten handelspolitischen Vorteile erreichen. In den Treffen zwischen chinesischen und zentralasiatischen Regierungsvertretern wurde zwar stets die Komplementarität der Volkswirtschaften hervorgehoben, denn China kann billige Konsumgüter wie Textilien, verarbeitete Nahrungsmittel und Elektroartikel exportieren und im Gegenzug Rohstoffe, Düngemittel und Maschinen importieren,<sup>125</sup> der Handel blieb jedoch relativ bescheiden (vgl. Tabelle 7).

Für die zentralasiatischen Republiken sind vor allem die Handelsbeziehungen zu den westlichen Industrienationen relevant, da nur sie die nötigen kapitalintensiven Investitionen im Bereich der Infrastruktur und der Ressourcenerschließung tätigen können. Tabelle 7 verdeutlicht, daß die Industrienationen neben Rußland die mit Abstand wichtigsten Handelspartner der zentralasiatischen Republiken geworden sind.

Chinas Verhältnis zu den zentralasiatischen Republiken hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab: zum einen von der Entwicklung der russisch-chinesischen Beziehungen und zum anderen von der Entwicklung des Minoritätenproblems in Xinjiang.

Die große Abhängigkeit der zentralasiatischen Republiken von Rußland macht Moskau zum wichtigsten Akteur in Zentralasien. Dies gilt insbesondere für die an China gren-

zenden Republiken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Die russischen Truppen, der wirtschaftliche Einfluß Rußlands und der hohe Anteil der slawischen Bevölkerung sowie der Bürgerkrieg in Tadschikistan schränken diese Republiken auch in ihrer außenpolitischen Autonomie ein. Daher werden die Beziehungen Chinas zu Zentralasien immer ein Spiegelbild der chinesisch-russischen Beziehungen sein.

Bereits vor dem Zusammenbruch der ehemaligen UdSSR normalisierten sich die chinesisch-sowjetischen Beziehungen, die dann in der Folge auch mit Rußland stetig intensiviert und gefestigt wurden. Beide Länder profitieren wirtschaftlich von den Beziehungen, da Rußland China mit Waffen und Schwerindustrie beliefert und China umgekehrt in Rußland einen Abnehmer für billige Konsumgüter findet. Der chinesisch-russische Handel ist zwar im Verhältnis zum gesamten chinesischen Handelsvolumen sehr gering,<sup>126</sup> aber insbesondere das chinesische Militär profitiert von den Handelsbeziehungen, da die meisten ausländischen Waffenlieferungen für China aus Rußland kommen. Außerdem bieten die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern einen willkommenen Ausgleich gegenüber der Abhängigkeit vom Westen. Beide Staaten finden in ihren Beziehungen ein Gegengewicht zu den USA, denn Rußland mißbilligt die eventuelle Osterweiterung der NATO, und China wendet sich gegen die amerikanische Menschenrechts- und Handelspolitik.

Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß es sich bei den chinesisch-russischen Beziehungen lediglich um eine Zweckgemeinschaft handelt, jedoch nicht um ein neues Bündnis gegen die westlichen Industriestaaten. Auf beiden Seiten besteht nach wie vor großes Mißtrauen. Russische Strategen verweisen auf die "chinesische Gefahr", da China durch seine wachsende Bevölkerung, seine ansteigenden Rüstungsausgaben und seine zunehmende wirtschaftliche Macht eine Bedrohung für Rußland darstelle. Insbesondere die schleichende Infiltration von Chinesen in die russischen Grenzgebiete zu China werden mit Sorge und Mißbilligung betrachtet.<sup>127</sup> Gleiches gilt auch umgekehrt für China, welches die nationalistischen Tendenzen in Rußland argwöhnisch verfolgt und einen neuen Imperialismus der Russen befürchtet. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß es nicht zu einer Neuaufgabe der russisch-chinesischen Freundschaft wie in den fünfziger Jahren kommen wird. Erstens ist das Mißtrauen auf beiden Seiten zu groß, und zweitens sind beide Staaten auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu den westlichen Industrienationen angewiesen, da nur durch sie die Modernisierung der Volkswirtschaften in Rußland und China erreicht werden kann.

Dennoch sind die Interessen Chinas und Rußlands in Zentralasien ähnlich, so daß hier mittelfristig keine Konflikte zu erwarten sind. Beide Seiten sind an der Eindämmung des "Moslemfaktors" interessiert, sind gegen pantürkische Tendenzen und fördern die Stabilität und den Status quo in der Region. Auch wirtschaftlich gibt es keine Konkurrenz zwischen beiden Staaten, da China aufgrund seines eigenen Kapitalmangels im Poker um die Ölvorkommen in Zentralasien eine unbedeutende Rolle spielt und hauptsächlich billige Konsumgüter in die neuen Republiken liefert, die diese aus Rußland nicht beziehen können. Rußland liefert umgekehrt vorwiegend schwere Ausrüstung, Fahrzeuge und Treibstoff, also Waren, die aus China nicht zu beziehen wären. Beijing hat immer wieder betont, daß



es keine politische oder wirtschaftliche Einflußsphäre in Zentralasien beanspruche, sondern lediglich an guten Beziehungen interessiert sei. Im Hinblick auf die zentralasiatischen Republiken scheint es also keine Konfliktpunkte oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und China zu geben.

Dennoch sorgt China für ein ausgeglichenes Machtverhältnis in der Region, indem es seine traditionell guten Beziehungen zu Pakistan nicht vernachlässigt und auch den Iran durch Waffenlieferungen unterstützt. Paradoxiere Weise repräsentieren beide Länder religiös-fundamentalistische Staaten, deren Entstehen China in Zentralasien am meisten fürchtet. Solange jedoch Rußland, die Türkei und der Iran um Einfluß in Zentralasien konkurrieren und sich in der Erschließung der Rohstoffe gegenseitig blockieren, kann dies für China nur von Vorteil sein, da es dadurch seine eigenen Interessen relativ ungehindert verfolgen kann.<sup>128</sup>

Neben den Beziehungen zu Moskau wird das chinesisch-zentralasiatische Verhältnis in Zukunft durch die Entwicklung des Minderheitenproblems in Xinjiang geprägt werden. Durch die enorme strategische und ökonomische Bedeutung der Region Xinjiang genießt die politische Stabilität in dieser Region oberste Priorität in der Beijinger Führung. Sollte die Region durch politische Kräfte von außen, also aus den zentralasiatischen Republiken, destabilisiert werden, hätte dies negative Auswirkungen auf die Beziehungen Chinas zu Zentralasien.

Die Analyse der wirtschaftlichen und politischen Situation in den zentralasiatischen Republiken hat gezeigt, daß die wirtschaftlichen Probleme noch nicht gemeistert sind und nach wie vor große ökonomische Defizite bestehen. Die politischen Verhältnisse sind indessen relativ stabil, mit Ausnahme derjenigen Tadschikistans. Die Führer der Republiken haben es verstanden, ihre politische Machtbasis zu konsolidieren, pantürkische, nationalistische oder islamistische Kräfte konnten sich nicht durchsetzen und sind kurzfristig auch nicht zu erwarten. Ob dies auch in Zukunft so sein wird, hängt im wesentlichen von der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder ab. In einigen Republiken waren bereits Trendwenden erkennbar, wobei jedoch noch keine eindeutige wirtschaftliche Besserung in Sicht war. Inwieweit sich diese Trends verstetigen werden, ist ungewiß. Sollte es den momentanen Machthabern jedoch nicht gelingen, die zentralasiatischen Volkswirtschaften zu modernisieren und den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben, wird es für sie sicherlich schwieriger werden, sich gegen oppositionelle Kräfte durchzusetzen.

Für China ergibt sich für die Zukunft ein Dilemma. Sollten die zentralasiatischen Republiken prosperieren, werden dadurch sicherlich die Separatisten in Xinjiang in ihren Autonomiebestrebungen gestärkt. Denn bislang dienen die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen in Zentralasien der Beijinger Führung als Negativbeispiel für mögliche Separationsbestrebungen. Sollte sich jedoch der wirtschaftliche Niedergang fortsetzen und es zu politischer Instabilität in Zentralasien kommen, könnte diese auf die Region Xinjiang ausstrahlen. Deshalb ist für China der Status quo in den zentralasiatischen Republiken am günstigsten: relativ stabile politische Verhältnisse, autoritäre, exkommunistische und säkulare Führungen und eine marode Wirtschaft.

Um diesem Dilemma zu entgehen, muß Beijing in Zukunft vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Region Xinjiang forcieren. Ein prosperierendes Westchina stabilisiert einerseits die gesamte zentralasiatische Region, denn es kann als Vorbild und Modell für die zentralasiatischen Staaten dienen, andererseits stabilisiert es nach innen, denn wirtschaftliches Wohlergehen der Minderheiten entkräftet die Separationsbestrebungen. Neben dieser wirtschaftlichen Strategie wird China jedoch auch künftig die Mittel der Repression einsetzen, wenn dies für nötig empfunden wird.<sup>129</sup>

Andererseits sollten die Separationsbestrebungen in Xinjiang nicht überbewertet werden. Erstens ist es aufgrund der Inhomogenität der ethnischen Volksgruppen in Xinjiang sehr unwahrscheinlich, daß sich eine Einheitsfront gegen Beijing bildet. In den letzten Jahren kam es zwar immer wieder zu Unruhen, und die Öffnung der Grenzen nach Westen hat sicherlich den Gedanken- und Informationstransfer zwischen den Volksgruppen intensiviert und ihren Zusammenhalt gestärkt, eine Zunahme des Unruhepotentials ist jedoch nicht zu beobachten. Das Aufkommen von islamischem Fundamentalismus ist zwar nicht ausgeschlossen, scheint jedoch eher unwahrscheinlich, insbesondere, wenn die wirtschaftlichen Reformen greifen. Zweitens ist davon auszugehen, daß es kaum zu erfolgreichen Separationsbestrebungen kommen wird, solange China eine funktionierende Zentralregierung und eine der Führung loyale Armee hat. Die massive Präsenz der Volksbefreiungsarmee - begründet durch externe und interne Sicherheitsüberlegungen - wird Unruhen sofort bekämpfen und eindämmen, denn die Armee ist nicht an einer Desintegration Chinas interessiert. Der Niedergang und Zerfall der sowjetischen Streitkräfte hat den Offizieren vor Augen geführt, was Desintegration eines Landes für die Streitkräfte bedeutet.

Im globalen Mächtenspiel um Einfluß in Zentralasien ist die Rolle Chinas relativ gering, der wichtigste Akteur ist immer noch Rußland. Dies resultiert aus der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit der zentralasiatischen Republiken von Moskau. Daher ist künftig die Entwicklung der chinesisch-russischen Beziehungen der entscheidende Gradmesser für das Verhältnis Chinas zu Zentralasien. Pantürkische und islamistische Kräfte haben sich bislang nicht in den zentralasiatischen Republiken durchsetzen können, ihr Erstarken kann jedoch für die Zukunft nicht völlig ausgeschlossen werden. Um dies zu verhindern, bedarf sowohl Zentralasien als auch Xinjiang der wirtschaftlichen Entwicklung. Autorität und Legitimation der Führung in Beijing hängen vom Erfolg der Wirtschaftsreform und einem steigenden Lebensstandard in der Autonomen Region ab. Insgesamt ist die Entwicklung in Zentralasien aus Sicht der Führung in Beijing positiv zu beurteilen, da die Stabilität und die Aufrechterhaltung des Status quo wesentliche Garanten der chinesischen Interessendurchsetzung sind.

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. hierzu insbesondere die Ausführungen von Stefan Friedrich, "Neue Konstellationen im Nordwesten. Die VR China und die zentralasiatischen GUS-Republiken", in: C.a., Oktober 1992, S.725-739.
- 2) Vgl. Oskar Weggel, "Islamischer Fundamentalismus, pantürkischer Integrationsismus oder chinesischer Reformismus? Li Pengs Reise durch fünf zentralasiatische Republiken", in: C.a., April 1994, S. 389-393.

- 3) Gudrun Wacker, "Neue 'Seidenstraße' oder neues 'Great Game'?", Li Pengs Reise nach Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Kasachstan", in: *Aktuelle Analysen*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 32/1994.
- 4) Vgl. HB, 07.06.1995.
- 5) Vgl. BfAI, 16.11.1995.
- 6) Vgl. NZZ, 28.12.1995.
- 7) BfAI, 19.12.1995. Die Inflationsrate lag im ersten Halbjahr 1995 bei 32,4 Prozent, vgl. BfAI, 17.08.1995.
- 8) Vgl. HB, 26.04.1995.
- 9) Vgl. BfAI, 09.11.1995.
- 10) Vgl. HB, 07.06.1995 und FT, 21.04.1995.
- 11) Vgl. FT, 01.06.1995.
- 12) Ebenda.
- 13) Vgl. BfAI, 16.11.1995.
- 14) Vgl. BfAI, 17.08.1995.
- 15) Vgl. HB, 10.04.1995 und FT, 10.05.1995.
- 16) Vgl. FT, 01.06.1995.
- 17) Vgl. HB, 18.05.1995.
- 18) Vgl. SZ, 18.09.1995.
- 19) Vgl. NZZ, 09.08.1995.
- 20) Vgl. HB, 18.05.1995.
- 21) Vgl. BfAI, 17.08.1995.
- 22) Vgl. BfAI, 16.11.1995.
- 23) Vgl. HB, 04.03.1995.
- 24) BfAI, 08.06.1995.
- 25) Vgl. ebenda.
- 26) Vgl. BfAI, 16.11.1995.
- 27) Vgl. BfAI, 17.08.1995.
- 28) Vgl. FT, 10.05.1995. Durch die anhaltende Instabilität des Landes hat sich Tadschikistan zum Drogenumschlagplatz Zentralasiens entwickelt. Bürgerkrieg, gelähmte Wirtschaft und Auflösung der staatlichen Verwaltung sind ein idealer Nährboden für die Drogenbarone der Region. Unter anderem finanziert die militante Muslim-Opposition ihren Kampf gegen die Regierung zum Teil durch den Drogenhandel. Vgl. SZ, 29./30.04./01.05.1995.
- 29) Vgl. NZZ, 07.07.1995.
- 30) Vgl. FAZ, 03.05.1995.
- 31) Vgl. NZZ, 01.09.1995.
- 32) Vgl. ebenda und FAZ, 03.05.1995.
- 33) Vgl. NZZ, 01.09.1995.
- 34) Vgl. *The Economist*, 03.02.1996.
- 35) Vgl. FAZ, 14.03.1995.
- 36) Vgl. FT, 17.03.1995.
- 37) Wobei dies auch nur noch eingeschränkt gilt, da es 1995 Fälle von Pressezensur in Kirgistan gab und auch der autoritäre Führungsstil Akajews kritisiert wurde. Vgl. FAZ, 29.09.1995.
- 38) Vgl. NZZ, 29.12.1995.
- 39) Vgl. Larissa Schatalina, "Sicherheitsprobleme der ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens", in: *Osterreichische Militärische Zeitschrift*, Jahrgang 24, Heft 1, Jänner/Februar 1996, S. 34.
- 40) Vgl. FAZ, 30.03.1995.
- 41) SZ, 16.06.1995.
- 42) Vgl. ebenda.
- 43) Vgl. Schatalina, a.a.O., S. 33.
- 44) Vgl. ebenda, S. 33.
- 45) Vgl. ebenda, S. 33.
- 46) Insgesamt läßt sich Tadschikistan in fünf verschiedene Regionen einteilen, die gegeneinander kämpfen: Nordtadschikistan, Pamir, das Gebirgsvorland von Pamir, Gissar-Tal und die Zone von Kurgan Tjube. Vgl. ebenda, S. 34.
- 47) Vgl. SZ, 04.07.1995.
- 48) Wenn z.B. Premier Karimov die südliche Grenze seines Landes zu Afghanistan besuchen will, muß er die Erlaubnis der russischen Grenztruppen einholen. Als der damalige russische Außenminister Kozyrew im September 1995 zu einer kurzen Visite nach Tadschikistan flog, ignorierte er einfach das geplante Treffen mit dem tadschikischen Präsidenten und flog direkt weiter zu einer Grenztruppeninspektion. Beide Beispiele veranschaulichen sehr deutlich die Machtverhältnisse zwischen tadschikischer Regierung und Moskau. Vgl. *The Sunday Times*, 25.09.1995.
- 49) Vgl. SZ, 14.03.1995.
- 50) Im Norden Afghanistans leben schätzungsweise 2,5 Mio. Usbeken. General Dostum wird v.a. durch Waffenlieferungen aus Usbekistan unterstützt. Vgl. Schatalina, a.a.O., S. 34.
- 51) *International Herald Tribune*, 29.11.1995.
- 52) Vgl. *The Asian Wall Street Journal*, 12.04.1995.
- 53) Vgl. Schatalina, a.a.O., S. 32.
- 54) Die Warnung richtete sich zwar v.a. gegen die baltischen Republiken, doch auch für die zentralasiatischen Republiken war dies ein deutliches Signal, daß Rußland seinen Einfluß in der Region nicht aufzugeben gedenkt. Vgl. SZ, 19.04.1995.
- 55) Vgl. Schatalina, a.a.O., S. 35.
- 56) Vgl. International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance 1995/96*, London 1995, S. 160.
- 57) Vgl. Schatalina, a.a.O., S. 36.
- 58) Vgl. ebenda, S. 37.
- 59) Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Abkommen findet sich in ebenda, S.38.
- 60) Vgl. Gerald Segal, *China Changes Shape: Regionalism and Foreign Policy*, Adelphi Paper 287, International Institute for Strategic Studies, 1994, S. 29.
- 61) Vgl. "Tibet: Warnung vor separatistischen Aktivitäten", in: C.a., Ü 12, Juni 1994, S. 563; "Kampf gegen Separatisten in Xinjiang", in: C.a., Ü 12, August 1994, S. 781-782; Matt Forney, "Divide and Rule", in: FEER, 30. November 1995, S. 26. Eine detaillierte Darstellung von Unruhen der letzten Jahre in der Autonomen Region Xingjiang findet sich bei Gudrun Wacker, "Xingjiang und die VR China. Zentrifugale und zentripetale Tendenzen in Chinas Nordwest-Region", in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 3/1995, S. 24-28.
- 62) Vgl. Segal, a.a.O., S. 29.
- 63) Der Anteil Xinjiangs an der nationalen Ölproduktion ist zwar gering, chinesische Experten vermuten jedoch allein im Tarim Becken Ölreserven von 74 Mrd. Barrel Rohöl. Vgl. Gaye Christoffersen, "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", in: *The China Quarterly*, Vol. 133, March 1993, S. 137.
- 64) Vgl. Lillian Craig Harris, "Xinjiang, Central Asia and the Implications for China's Policy in the Islamic World", in: *The China Quarterly*, No. 133, March 1993, S. 115ff.
- 65) Vgl. Wacker, 3/1995, a.a.O., S. 11.
- 66) Vgl. Harris, a.a.O., S. 122ff.
- 67) Vgl. J. Richard Walsh, "China and the New Geopolitics of Central Asia", in: *Asian Survey*, Vol. XXXIII, No. 3, March 1993, S. 281.
- 68) Vgl. Gudrun Wacker, "China und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Teil II: Die Beziehungen zu den neuen Republiken (ohne Russische Föderation)", in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 12/1994, S.13.
- 69) Vgl. Wacker, 32/1994, a.a.O., S. 5.
- 70) Vgl. XNA, 12.09.1995.
- 71) Die noch offenen Grenzfragen zwischen China und den Nachfolgerepubliken der UdSSR werden ab Mitte 1992 in sogenannten 'Vier plus Eins'-Gesprächen verhandelt, d.h. unter Beteiligung von Rußland, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan einerseits und China andererseits. Vgl. Gudrun Wacker, "Die VR China und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Teil I: Der Zerfall der UdSSR und die Beziehungen zur Russischen Föderation", in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1993/49, S. 3.
- 72) Vgl. XNA, 27.04.1996.
- 73) Vgl. XNA, 26.04.1996.
- 74) Hierbei handelt es sich um eine Insel im Heilongjiang-Fluß und ein an die Mongolei angrenzendes Gebiet. Vgl. FEER, 02.05.1996.
- 75) Vgl. FEER, 02.05.1996.
- 76) Vgl. C.a., Mai 1996, Ü 11, S. 478. China dürfte die Entspannung an der Nord- und Westgrenze sehr gelegen kommen, da die Truppenbindung in diesen Gebieten den chinesischen Expansionismus im Osten hemmt, v.a. im Südchinesischen Meer.
- 77) Vgl. Wacker 12/1994, a.a.O., S. 15.
- 78) Vgl. ebenda, S. 18.
- 79) Im Juni und Dezember 1995 wurden zwei weitere Grenzübergänge geöffnet, womit sich die Gesamtzahl der offiziellen Grenzstationen auf fünf erhöht. Vgl. XNA, 12.06.1995 und 18.12.1995.
- 80) Vgl. C.a., Mai 1996, Ü 11, S. 478.
- 81) Vgl. Wacker 12/1994, a.a.O., S. 19f.
- 82) Vgl. XNA, 20.03.1995.
- 83) Vgl. XNA, 24.10.1995. Vgl. ebenso Tabelle 7.
- 84) Vgl. XNA, 20.11.1995.
- 85) Vgl. Wacker 12/1994, a.a.O., S. 20 und XNA, 01.09.1995.
- 86) Vgl. Wacker 12/1994, a.a.O., S. 24f und Wacker 34/1994, a.a.O., S. 2f.
- 87) Vgl. Wacker 12/1994, a.a.O., S. 21f.
- 88) Vgl. ebenda, S. 22f.
- 89) Vgl. Wacker 34/1995, a.a.O., S. 3.
- 90) Vgl. NZZ, 30.09./01.10.1995.
- 91) Vgl. Christoffersen, a.a.O., S. 130-151.
- 92) Vgl. *China News Analysis*, No. 1532, 01.04.1996, S. 5.
- 93) Vgl. Wacker 34/1995, a.a.O., S. 20ff.
- 94) Vgl. Roland Dannreuter, *Creating New States in Central Asia*, Adelphi Paper 288, March 1994, S. 58.
- 95) Vgl. ebenda, S. 58-61
- 96) Vgl. NZZ, 30.08.1995.
- 97) Vgl. Stefan B. Jing, *China und die neu entstandenen zentralasiatischen Republiken*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen, 1993, S. 9.

- 98) Vgl. zur Rivalität zwischen Türkei und Iran in Zentralasien Oles M. Smolansky, "Turkish and Iranian Policies in Central Asia", in: Hafeez Malik, *Central Asia. Its Strategic Importance and Future Prospects*, The Macmillan Press LTD: London, 1994, S. 283-307.
- 99) Vgl. Dannreuter, a.a.O., S. 61-63.
- 100) Im Juli 1995 verständigten sich der Iran und Turkmenistan auf den Bau einer Gaspipeline, welche die beiden Länder verbinden soll. Vgl. BfAI, 07.07.1995. Im Oktober desselben Jahres wurde eine Bahnstrecke von 170 Kilometern zwischen Iran und Turkmenistan eröffnet, die das Bahnnetz der ehemaligen Sowjetunion mit der des Irans, der Türkei und schließlich Europas verbindet. Vgl. NZZ, 17.10.1995.
- 101) Vgl. FAZ, 23.11.1995.
- 102) Vgl. Hafeez Malik, "Central Asia's Geopolitical Significance and Problems of Independence: An Introduction", in: ders., a.a.O., S. 18.
- 103) Vgl. Uwe Halbach, "Der Islam in der GUS: Eine Wiedergeburt?", in: *Aussenpolitik*, Jg. 47, 2. Quartal, 1996, S. 151. Nach Schätzungen leben ungefähr 60 Mio. Muslime in der GUS, davon sind 17 Mio. Usbeken, 6,6 Mio. Aserbeidschaner, 6,6 Mio. Tataren, 4,2 Mio. Tadschiken, 2,7 Mio. Turkmenen, 2,5 Mio. Kirgisen, 1,4 Mio. Baschkiren und eine Mio. Tschetschenen.
- 104) Vgl. ebenda, S. 152.
- 105) Vgl. ebenda, S. 153. Vgl. ebenso Smolansky, a.a.O., S. 305 und Jing, a.a.O., S. 18f.
- 106) Vgl. N. Lubin, "Islam and Ethnic Identity in Central Asia: A View from Below", in: Y. Ro'i (Hrsg.), *Muslim Eurasia. Confronting Legacies*, London 1995, S. 65ff.
- 107) Vgl. Halbach, a.a.O., S. 153f.
- 108) Vgl. Phillip Petersen, "Security Policy in Post-Soviet Central Asia", in: *European Security*, Vol. 4, No. 1, Spring 1995, S. 135f.
- 109) Vgl. Smolansky, a.a.O., S. 298ff.
- 110) Eine genauere Darstellung der russisch-zentralasiatischen Beziehungen findet sich beispielsweise bei Yuri V. Gankovsky, "Russia's Relations with the Central Asian States Since the Dissolution of the Soviet Union", in: Malik, a.a.O., S. 117-127.
- 111) Vgl. NZZ, 10./11.06.1995 und BfAI, 05.07.1995.
- 112) Vgl. *China News Analysis*, No. 1532, 01.04.1995, S. 3.
- 113) Stockholm International Peace Research Institute, *SIPRI Yearbook 1994*, Oxford, New York, u.a., 1995, S. 257.
- 114) Vgl. NZZ, 03.11.1995.
- 115) Vgl. NZZ, 27.05.1995.
- 116) Vgl. FAZ, 20.03.1995.
- 117) Der im Westen beliebte ehemalige russische Außenminister Kosyrew erklärte beispielsweise, daß Rußland die Interessen der slawischen Bevölkerung in den anderen GUS-Staaten notfalls auch mit Gewalt wahrnehmen würde. Ferner machte er deutlich, daß Moskau die angrenzenden Republiken an Rußland als natürliches Einflußsphäre betrachten würde. Vgl. SZ, 08.04.1995.
- 118) FAZ, 07.11.1995.
- 119) Vgl. *Finanzierung & Entwicklung*, Jahrgang 33, Nr. 2, Juni 1996.
- 120) Vgl. *The Economist*, 04.05.1996.
- 121) Vgl. *International Herald Tribune*, 28./29.10.1995.
- 122) Vgl. FT, 23.10.1995.
- 123) Vgl. SZ, 10.10.1995.
- 124) Vgl. Ralph H. Magnus and Eden Naby, "Afghanistan and Central Asia: Mirrors and Models", in: *Asian Survey*, Vol. XXXV, No. 7, July 1995, S. 613ff.
- 125) Vgl. Walsh, a.a.O., S. 279.
- 126) Vgl. International Monetary Fund, *Directions of Trade Statistics, Yearbook 1995*, Washington, 1995, S. 154.
- 127) Vgl. Umirserik T. Kassenow, "Zentralasien und Rußland. Der domige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen", in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 14/1995, S. 8f, sowie James Clay Moltz, "Regional Tensions in the Russo-Chinese Rapprochement", in: *Asian Survey*, Vol. XXXV, No. 6, June 1995, S. 523f.
- 128) Vgl. Walsh, a.a.O., S. 277ff.
- 129) Im Juli 1996 kam es zu Verhaftungen von 5.000 Uighuren, denen separatistische Bestrebungen vorgeworfen wurden. Vgl. *The Economist*, 13.07.1996. Ebenso werden islamische Schriften seit April 1996 stärker kontrolliert, denn die Zunahme der Pilgerfahrten nach Mekka und die verstärkten Kontakte der Bevölkerung Xinjiangs zu Muslimen aus Zentralasien beunruhigte die Führung in Beijing. Vgl. C.a., April 1996, Ü 13, S. 363.

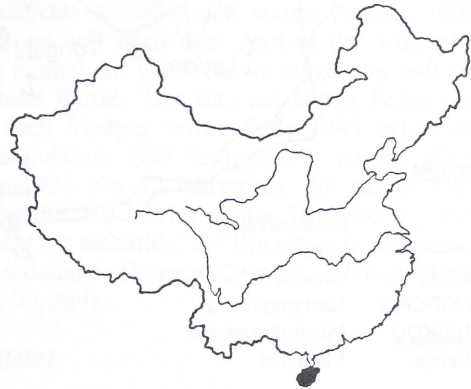
**Renate Krieg\***  
**Gunda Müller\***  
**Monika Schädler\***  
**Liu Jen-Kai**

## Die Provinz Hainan

### Wirtschaft, Geographie, Gesellschaft

(Ein Gemeinschaftsprojekt der  
 Hochschule Bremen und des Instituts für Asienkunde)\*\*

Fläche:	33.920 qkm
Bevölkerung:	7,238 Millionen Einwohner
Hauptstadt:	Haikou



### Rahmenbedingungen

#### Geographische Lage

Hainan ("südlich des Meeres"), auch Qiongya ("Jadeklippen") genannt, liegt gegenüber der Guangdonger Halbinsel Leizhou im Südchinesischen Meer. Die Insel vereint mehrere Superlative in sich: Sie ist die jüngste Provinz Chinas, bis März 1988 gehörte sie zur Provinz Guangdong. Sie ist die südlichste Provinz Chinas und die größte Insel der Volksrepublik China. Ihre Gesamtfläche entspricht der Fläche Nordrhein-Westfalens und 0,4% der Fläche Chinas. Zum Administrationsgebiet der Provinz gehören zudem 20.000 qkm des Südchinesischen Meeres mit etwa 200 Inseln, einschließlich der Spratly-Inseln.

#### Topographie

Die Insel Hainan besteht aus Berg-, Hügelland und Plateaus. Plateaus und Ebenen, unterhalb 100 m gelegen, machen zwei Drittel der Fläche aus und bedecken im wesentlichen die nördliche Hälfte der Insel und die Küstenregionen. Der Norden Hainans ähnelt in seiner geographi-

\* Herr Lavio verfaßte diesen Artikel während seiner Zeit als Praktikant am Institut für Asienkunde.